

W1NEU GRUNDSÄTZE UND ZIELE FÜR DIE WAHLKÄMPFE 2019

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 4. Wahlkampfplanung

Antragstext

1 Die GRÜNEN erfreuen sich derzeit an einem Aufwind. Große Mitgliederzuwächse,
2 starke Wahlergebnisse in Bayern und Hessen und auch aktuelle Umfragen auf
3 Bundesebene spiegeln dies wider. Auch die GRÜNE JUGEND Hamburg durfte in letzter
4 Zeit viele neue und engagierte Aktive begrüßen. Diese Unterstützung, positive
5 Stimmung und das Potential vieler aktiver, motivierter und kreativer Menschen
6 gilt es nun in den nächsten Monaten zu nutzen und weiter auszubauen, um
7 gemeinsam für eine solidarische, ökologische und proeuropäische Zukunft zu
8 kämpfen. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Ideen durch starke Wahlergebnisse
9 bei der Europa- und Bezirkswahl konkret umsetzbar werden.

10 Auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz vom 09. bis zum 11. November haben die
11 deutschen GRÜNEN ihre Wahlliste für das Europäische Parlament aufgestellt und
12 ihr Europawahlprogramm verabschiedet. Als Teil des linken Flügels der Partei
13 freuen wir uns insbesondere über den großen Anteil progressiver Politiker*innen
14 auf der Liste und insbesondere auf den vordersten Plätzen.

15 Die einzelnen Hamburger GRÜNEN Kreisverbände stell(t)en im November und Dezember
16 2018 und Januar 2019 ihre Bezirks- und Wahlkreislisten für die
17 Bezirksversammlungen auf. Auch wenn die GRÜNE JUGEND Hamburg weder für die
18 Bezirks-, noch für die Europawahl Votenträger*innen bestimmt hat, wollen wir
19 insbesondere junggrüne Kandidierende im Wahlkampf unterstützen.

20 Globale Ziele durch Wahlkampfziele erreichen

21 Um unsere globalen Ziele zu erreichen, brauchen wir gute Wahlergebnisse und um
22 diese zu erzielen, wollen wir Folgendes im Wahlkampf schaffen:

- 23 • 50 eigene Veranstaltungen
- 24 • Davon mindestens eine pro Woche ab Anfang Februar
- 25 • 30 Aktive als Beteiligte im Wahlkampf
- 26 • 20.000 verteilte Goodies, Flyer, Sticker
- 27 • 8.000 Türen im Haustürwahlkampf
- 28 • 25 besuchte Kneipen im Wahlkampf

- 29 • Gestärkte Social Media Reichweite

30 Des Weiteren sehen wir in den Wahlkämpfen die Möglichkeit unseren Verband und
31 alle Aktiven der GRÜNEN JUGEND Hamburg in vielerlei Hinsicht zu empowern.
32 Wahlkampf ist im allgemeinen ein politisierender Prozess, den wir als GRÜNE
33 JUGEND Hamburg nicht zuletzt dafür nutzen wollen, uns und unsere Aktiven
34 fortzubilden sowie politisch zu befähigen als auch soziale, organisatorische und
35 Interaktionskompetenzen zu stärken. So ist nicht zu unterschätzen, auf welche
36 Weise die Interaktion mit anderen politischen Kräften oder auch vermeintlich
37 unpolitischen Menschen auf der Straßeden Weitblick und das Meinungsbild
38 Jugendlicher formen kann, sowie ihre Fähigkeiten in Sachen inhaltlicher
39 Argumentation, Wahrnehmung und Wertschätzung verbessert.

40 Auch sind die Wahlkämpfe für uns als jungpolitische Organisation die Chance, in
41 die parlamentarische Politik unserer Mutterpartei einzusteigen. Die Frage
42 danach, warum wir für Bündnis 90/DIE GRÜNEN derart großen Arbeitsaufwand
43 betreiben, beantworten wir damit, dass wir darin eine der relevantesten Aufgaben
44 der GRÜNEN JUGEND sehen. Nur durch kräftige, positionelle und personelle
45 Partizipation können wir unseren Einfluss auf die Politik unserer sogenannten
46 Mutterpartei vergrößern und somit unsere Handlungsmaximen langfristig in die
47 Politik einwirken lassen. Deshalb kämpfen wir für ein starkes Ergebnis für
48 Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Wir kämpfen für unseren Einfluss und für unsere Visionen
49 einer besseren Welt.

W2 WAHLKAMPFKAMPAGNEN ZUR EUROPA- UND BEZIRKSWAHL 2019

Antragsteller*in: Wahlkampfteam
Beschlussdatum: 07.12.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Wahlkampfplanung

Antragstext

1 Um die GRÜNE JUGEND im Wahlkampf als eigenständige politische Kraft zu
2 präsentieren, wollen wir uns dem Bundesverband der GRÜNEN JUGEND anschließen und
3 nicht nur das Programm unserer Mutterpartei Bündnis 90/DIE GRÜNEN mittragen,
4 sondern explizit eigene Themen setzen. Hierbei setzen wir unseren Fokus auf drei
5 Kernkampagnen. Diese werden sich nicht nur thematisch, sondern auch
6 aktionistisch unterscheiden, um uns vielseitig aufzustellen.

7 Jedes der drei Kampagnenthemen kann auf Bezirks- und Europaebene gespielt
8 werden.

9 • **GEGEN RECHTS (Arbeitstitel)**

10 • In Anlehnung an die Kampagne des Bundesverbandes

11 • **VERKEHRSWENDE**

12 • In Anlehnung an den GRÜNE JUGEND Hamburg-Beschluss
13 "Stadtentwicklungsvisionen für Hamburg"

14 • **JUGENDPARTIZIPATION**

15 • In Anlehnung an den Partizipationsprozess innerhalb der GRÜNEN JUGEND
16 Hamburg und die Kampagne des Bundesverbandes

17 **1. GEGEN RECHTS**

18 **Say it loud, Say it clear: Refugees are Welcome here**

19 In unserer ersten Kampagne wollen wir uns mit den Themen Offene Grenzen,
20 Asylrecht, Menschenrechte und dem Rechtsruck in den Parlamenten, sowie dem Kampf
21 gegen individuellen und strukturellen Rassismus beschäftigen.

22 **Europa**

23 Zur zweiten Story "**Say it loud, say it clear refugees are welcome here**" schreibt

24 der Bundesverband der GRÜNEN JUGEND:

25 *Das Sterben auf dem Mittelmeer muss ein Ende haben. Während die Staaten der*
26 *Europäischen Union durch ihre menschenverachtende Abschottungspolitik in den*
27 *letzten Jahren immer weiter in Kauf genommen haben, dass Menschen starben, waren*
28 *es gerade die Aktivist*innen der zivilen Seenotrettung, die das staatliche*
29 *Versagen auffingen und Menschenleben verteidigten. Unsere Solidarität gilt all*
30 *diesen Menschen, die auf dem Mittelmeer gezeigt haben, was ein humanitäres*
31 *Europa bedeuten kann. Gerade in der Frage, wie wir mit Schutzsuchenden umgehen,*
32 *wird die Europawahl zur Richtungsentscheidung. Für uns ist dabei klar: Flucht*
33 *ist kein Verbrechen.*

34 *Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Wir stellen den Schutz von*
35 *Geflüchteten ins Zentrum unserer Politik und wollen den Abbau ihrer Rechte*
36 *zurückdrehen. Wir fordern ein staatliches Seenotrettungsprogramm und legale*
37 *Fluchtwege nach Europa. Gleichzeitig werden aufgrund des Klimawandels in den*
38 *nächsten Jahrzehnten immer mehr Menschen ihr Zuhause verlieren. Für uns ist es*
39 *die Aufgabe der Europäischen Union, deren Staaten maßgeblich zur*
40 *Klimakatastrophe beigetragen haben, diesen Menschen eine frühzeitige,*
41 *freiwillige und würdevolle Migration zu ermöglichen. Deshalb fordern wir den*
42 *Klimapass für die Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten.*

43 **Bezirk**

44 Auch im Bezirk ist der Rechtsruck ein wichtiges Thema. Nach und nach halten auch
45 in den Bezirksversammlungen rechte und reaktionäre Kräfte Einzug. Wir wollen
46 auch hier auf eine solidarische und vielfältige Zukunft verweisen und
47 bezirksinterne Integration/Inklusionsprojekte stärken, mehr Humanität fordern
48 und klar machen: Gegen Rechts wählt man GRÜN!

49 **Veranstaltungs- und Aktionsideen**

50 Für eine konkrete Aktionsidee wollen wir den Aktionsvorschlag des Bundesverbands
51 abwarten, die vorgefertigten Materialien mitnutzen und uns somit an den
52 bundesweiten Formaten beteiligen.

53 Außerdem wollen wir durch Fotoaktionen und Solibekundungen auf Social Media und
54 im Netz starke Präsenz gegen rechte Trolle zeigen. Im besten Falle lassen sich
55 der Bundesverband-Aktionsvorschlag und eine Fotoaktion mit Passant*innen
56 verbinden.

57 Als besonderen Wahlkampfstand planen wir eine "Grusel-Abschreck-Aktion". Wir
58 wollen in der Hamburger Innenstadt und in den einzelnen Bezirken in schaurigem
59 Look ein Ratespiel starten zu der Fragestellung, wie sich Rechte Europa
60 vorstellen: Antieuropäisch, unsolidarisch, abgeschottet und anti-humanistisch.

61 Des Weiteren streben wir eine Bildungsveranstaltung gegen Rassismus in
62 Hamburgischen Behörden an. Eventuell können wir hier sogar Aktualität,
63 geographische Nähe und linke Bündnisse vor Ort miteinander verbinden und das
64 Thema groß machen.

65 Sollte sich daran anknüpfend herausstellen, dass konkrete Rassismussvorwürfe in
66 Hamburgischen Behörden vorliegen, planen wir entsprechende Aktionen, wie
67 beispielsweise Demonstrationen oder Pressemitteilungen.

68 **Material**

69 Für diese Kampagne wollen wir uns in erster Linie an den Materialien des
70 Bundesverbandes orientieren und uns darüber hinaus einen "Halloween-Grusel-
71 Stand"zulegen, den wir wiederverwenden können. Neben dem Gruselquiz und den
72 Werbeflyern für unsere Bildungsveranstaltungen planen wir derzeit keine weiteren
73 eigenen Print-Medien für diese Kampagne.

74 **2. VERKEHRSWENDE**

75 In unserer zweiten Kampagne wollen wir die Dringlichkeit der ökologisch-sozialen
76 Transformation der Verkehrsinfrastruktur thematisieren. Wir sehen sie als
77 zentralen Punkt im Kampf gegen den Kapitalismus und die Klimakrise - dennoch ist
78 sie ein gut greifbarer und einfach vermittelbarer Bestandteil dessen.

79 **Europa**

80 Europäische Mobilität wird heute vor allem durch Flug- und zum Teil Autoreisen
81 dominiert. In unserer Kampagne wollen wir auf die Klimawirkung und Konsequenzen
82 von Flugreisen hinweisen, die Abschaffung von innereuropäischen Flügen
83 diskutieren und im Gegenzug für einen massiven Ausbau des Schienennetzes, von
84 Nachtzugverbindungen und transnationalem Zugverkehr werben.

85 **Bezirk**

86 Auf bezirklicher Ebene werden wir die Verkehrswende als prominentestes Thema
87 platzieren. Es kann nicht sein, dass Autos in einer Stadt, die, egal wo man
88 hinblickt, nach "mehr Platz" schreit, das Stadtbild weiterhin dominieren. Wir
89 wollen uns u.a. für eine echte Fahrradstadt, die Umverteilung von Straßenräumen
90 und eigens für den ÖPNV ausgeschriebene Fahrspuren einsetzen.

91 **Aktions- und Veranstaltungsideen**

92 Für das Thema Verkehrswende wollen wir eine Palette von Guerrilla-Aktionen und
93 Flashmobs entwerfen. Erste Ideen hierfür sind beispielweise mittels Sprühkreide
94 Straßen mit dem Schlachtruf "Ab jetzt Radweg!" zu verschönern und somit dem
95 alten Drahtesel den ihm gebührenden Platz einzuräumen oder gar
96 Fahrradstraßenschilder zu basteln und aufzustellen.

97 Auch ist Radwahlkampf natürlich ein passendes Format für das Thema
98 Verkehrswende. Wir wollen unsere Räder für den Wahlkampf schmücken: mit Fahnen,
99 Brandings und Wahlaufforderungen. So können wir auf all unseren Wegen zu den
100 einzelnen Aktionen in die Bezirke für die Verkehrswende und die GRÜNEN Ideen
101 werben.

102 Als Hauptattraktion zum Thema Verkehrswende streben wir eine große Aktion am
103 Hauptbahnhof an. Wir wollen diese idealerweise in Kooperation mit dem
104 Bundesverband der GRÜNEN JUGEND und dem europäischen Dachverband FYEG europaweit
105 durchführen und so auf den transnationalen Zugverkehr aufmerksam machen.

106 **Material**

107 All dem Obenstehenden zufolge planen wir ein hohes Materialaufkommen für das
108 Kampagnenthema "Verkehrswende". Neben der Ausstattung für unsere Fahrräder
109 (Sattelschutzüberzüge, GRÜNE JUGEND-Fähnchen, Klingeln, Aufkleber, GJ-
110 Regencapes, etc.) brauchen wir Stancels für die Guerillaaktionen, Info- und
111 Flugblätter, Sprühkreide und Bastelmaterial.

112 **3. JUGENDPARTIZIPATION**

113 Für uns als politischer Jugendverband muss Teilhabe von Jugendlichen und auch
114 Kindern jederzeit eine der maßgeblichen Maximen des politischen Handelns sein.

115 Zu Wahlen gehört auch immer die Aufforderung, das eigene Wahlrecht in Anspruch
116 zu nehmen. Das gilt insbesondere für uns junge Menschen, denn wir sind
117 diejenigen, die die Entscheidungen von heute in den kommenden Jahrzehnten tragen
118 müssen. Wir müssen heute schon dort mitentscheiden, wo es uns betrifft und wohl
119 viel länger betreffen wird. Deshalb ist es wichtig, dass wir junge Menschen in
120 die Parlamente bringen und alle Teile der Gesellschaft wählen dürfen - ohne
121 willkürliche Wahlaltersgrenze!

122 Das ebenenübergreifende Thema "Jugendpartizipation" ist für uns als
123 Jugendverband ein Kernkampagnenthema, denn wer wenn nicht wir, wird im Wahlkampf
124 die Stimme für die sogenannte Generation Z erheben?

125 **Bezirk**

126 So hat das Thema ganz grundsätzlich eine große Relevanz. Doch speziell im Bezirk
127 können wir auf die politische Jugendvertretung aufmerksam machen, aber auch
128 aufzeigen, wie wichtig die Jugendpartizipation in Jugendzentren und jeglichen
129 Ehrenämtern ist.

130 **Europa**

131 Das Thema Jugendpartizipation ist auf europäischer Ebene nicht zuletzt deswegen
132 relevant, weil dort maßgebliche und richtungsweisende Entscheidungen für die
133 junge Generation getätigt werden. Explizit junge Menschen müssen auch im
134 Europäischen Parlament ihre Themen auf das Tablot bringen können: So hat unser
135 Bundesverband in der Story "Europa, vergiss deine Jugend nicht" auf eine
136 Perspektive von jungen Menschen aufmerksam gemacht, die im politischen Alltag
137 vieler alter weißer Männer zu selten Gehör findet.

138 Dazu schreibt der Bundesverband der GRÜNEN JUGEND:

139 *"Europa vergiss deine Jugend nicht! Die Idee eines geeinten Europas wurde in den*
140 *letzten Jahrzehnten vor allem durch eine zerstörerische Austeritätspolitik und*
141 *immer stärkere Entsolidarisierung zwischen den Staaten der Europäischen Union*
142 *untergraben. Diese Politik führte gerade für junge Menschen im Süden Europas zu*
143 *massiver Armut und schwindenden Perspektiven. Doch auch in Deutschland sind*
144 *immer mehr Menschen mit Zukunftsängsten konfrontiert, leiden unter viel zu hohen*
145 *Mieten oder werden in Ausbildungen oder Praktika als billige Arbeitskräfte*
146 *genutzt. Wir wollen eine Politik, die die Interessen dieser Menschen nicht*
147 *weiter gegeneinander ausspielt, sondern sie zusammenführt. Europa ist für uns*
148 *eine Chance, gemeinsam für mehr Gerechtigkeit und Zukunftsperspektiven zu*
149 *kämpfen.*

150 *Dafür müssen wir aber endlich von einem Zustand weg kommen, in dem das Dogma der*
151 *Schwarzen Null und die Interessen von Großunternehmen mehr zählen als die*
152 *Lebensbedingungen von jungen Menschen. Wir wollen Perspektiven für junge*
153 *Menschen schaffen. Wir fordern eine echte soziale Absicherung auf europäischer*
154 *Ebene, gute Arbeitsbedingungen, auch in Ausbildungsberufen, den Ausbau der*
155 *Jugendgarantie, verpflichtend bezahlte Praktika und Investitionen statt*
156 *Austeritätspolitik."*

157 **Aktions- und Veranstaltungsideen**

158 Als Aktionsaufhänger planen wir in der Innenstadt junge Menschen anzusprechen
159 und sie zu bitten, ein Kreuz auf ein großes Plakat zu malen und den Claim
160 [#jugendgehtwählen](#) zu unterstützen. Daraufhin wollen wir über
161 Partizipationsmöglichkeiten diskutieren und Jugendlichen ihr Recht auf Teilhabe
162 mitgeben.

163 Auch finden wir interessant, die Bundesverbands-Aktion zur dritten Story
164 kennenzulernen und diese eventuell auf die Straße zu bringen.

165 Als Jugendverband ist aber auf jeden Fall klar, dass die Kampagne zum Thema
166 Jugendpartizipation unsere Social-Media-Kanäle kurz vor der Wahl dominieren
167 muss. Denn unsere Wahlaufforderung richtet sich zwar grundsätzlich an alle, am
168 meisten jedoch an die Generation U30.

169 **Material**

170 Dies würde bedeuten, dass wir zum Thema Jugendpartizipation hauptsächlich
171 Infozettel und vllt ein paar Sticker benötigen, sowie Aktionsmaterial: Pinsel,
172 große Banner und Farbe. Der Bundesverband steuert mit Sicherheit hochwertige
173 Materialien bei und nimmt uns viel Gestaltung ab.

W3 WEITERE AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN IN DEN WAHLKÄMPFEN 2019

Antragsteller*in: Wahlkampfteam
Beschlussdatum: 07.12.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Wahlkampfplanung

Antragstext

- 1 Zusätzlich zu den kampagnenorientierten Veranstaltungen - oder auch in Anlehnung
2 an diese - bieten sich speziell im Wahlkampf noch weitere nicht eindeutig
3 einzuordnende Veranstaltungsmodelle an.
- 4 Bildungsveranstaltungen mit Partys
- 5 Um junge Menschen in Hamburg auch abseits unseres direkten Umfeldes adäquat
6 ansprechen zu können, planen wir verschiedene Bildungsveranstaltungen mit Partys
7 zu verknüpfen.
- 8 Zu Beginn der Wahlkampfhochphase möchten wir eine Wahlkampf-Kickoff-Party
9 veranstalten. Zur Halbzeit der Hochzeit, sowie unmittelbar vor dem Wahltag
10 planen wir erneute Wahlkampffeste. Zu den Veranstaltungen vor den Partys werden
11 wir spannende Gäst*innen einladen, um jeweils eine Podiumsdiskussion, einen
12 Vortrag oder einen Hate Slam/politischen Poetry Slam stattfinden zu lassen.
- 13 freifilme
- 14 An den übrigbleibenden Wochenenden zwischen den Partys soll die Reihe unserer
15 freifilme fortgeführt werden: Angepasst an unsere Kampagnenthemen oder brennende
16 Themen wollen wir Interessierte dazu einladen mit uns einen politischen Film zu
17 schauen, sich fortzubilden und zu diskutieren.
- 18 Podcast- und Videoveranstaltungsreihe
- 19 Stille und Wahlkampf passt wenig zusammen - um also auch ohne Anwesenheit Input
20 genießen zu können, planen wir eine Podcast- und Video-
21 Veranstaltungsreihe "Frühstücken mit ...", bei welcher wir bekannte
22 Persönlichkeiten der GRÜNEN oder aus grünnahen Kontexten dazu einladen, mit
23 unseren GJ-Kandidat*innen und/oder Sprecher*innen zu essen und zu besprechen,
24 wie sich der Wahlkampf bisher gestaltet und welche Themen sie voranbringen
25 wollen.
- 26 "BV trifft die Jugend"
- 27 Hieran anknüpfend könnten auch Formate wie ein WorldCafé mit

28 Bezirkskandidierenden in den Bezirken entstehen. "BV trifft die Jugend" ist
29 passend zu unserer Jugendpartizipations-Kampagne eine anzustrebende
30 Veranstaltung.

31 Wohnraumkampagne

32 Auch wollen wir auf Themen zurückgreifen, die wir als GRÜNE JUGEND Hamburg
33 bereits in der Vergangenheit belegt haben. Hierfür können wir uns einmal mehr
34 der Wohnraumkampagne bedienen und sie als weitere Aktion für den
35 Bezirksversammlungswahlkampf nutzen.

36 Stipp-Visiten

37 Unsere Nachbar*innen Mecklenburg-Vorpommern und Bremen haben uns außerdem auf
38 dem vergangenen Bundeskongress darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich im
39 Wahlkampf Unterstützung wünschen. Als Landesverband mit einer hohen Anzahl an
40 aktiven Personen wollen wir dieser Bitte gerne nachkommen und planen Stipp-
41 Visiten in andere Landesverbände. Dort werden wir sowohl personell als auch
42 gerne durch unsere Materialien und Aktionsideen mit Rat und Tat aktiv werden und
43 uns mit den Themen anderer GJler*innen vertraut machen.

44 Flyern

45 In der heißen Wahlkampfphase kann es wichtig sein, die Menschen einfach durch
46 die bloße Präsenz auf der Straße zum Wählen aufzufordern. Hierfür ist einfaches
47 Flyern die perfekte Möglichkeit, ohne großen Aufwand für unsere Ideale und Ziele
48 Werbung zu machen. Das Prinzip ist leicht erklärt: Eine Gruppe von 3 bis 9
49 Leuten schnappt sich ein paar Kampagnenflyer und packt sich je einen Jutebeutel
50 mit kleinen Give-Aways. Dann zieht man gemeinsam los an einen belebten Ort der
51 Wahl: vor Kinos, auf belebten Straßenzügen, in Parks, auf den elternbesetzten
52 Spielplatzbänken...

53 Ziel der Aktion ist nicht mehr, aber auch nicht weniger, als Menschen mit
54 freundlicher Miene und einer Wahlaufforderung auf den Lippen einen Flyer zu
55 überreichen und sich möglichst nicht in lange Debatten verwickeln zu lassen. Wer
56 Interesse zeigt, kriegt noch ein zum Ort passendes Give-Away und weiter gehts
57 zur nächsten Person.

58 Wie Flyernde unangenehme Gesprächspartner*innen abwimmeln können oder in
59 seltenen Fällen mit Interessierten argumentieren können, ohne dabei wertvolle
60 Zeit zu verlieren oder sich in Details zu verlieren, wollen wir unseren Aktiven
61 in einem Flyer-Training näherbringen.

62 Kneipenwahlkampf

63 Als weiteres explizit jungendliches Format wollen wir in 4er-Gruppen durch die
64 Szeneviertel der Stadt streifen und in den Kneipen und nächtlichen Lokalen mit
65 Menschen über die GRÜNE JUGEND und die Wahlen sprechen - sie zum Wählen bringen
66 und im besten Fall von den GRÜNEN überzeugen.

67 Beim Kneipenwahlkampf können sich gerne pro Abend andere Menschen und
68 Konstellationen zusammenfinden, Kampagnenflyer oder kleine Give-Aways mitnehmen
69 und ohne großen Aufwand in die Aktion starten.

70 Für das Format an sich wird es keine Schulung geben, jedoch achten wir bei der
71 Teamzusammenstellung darauf, dass immer eine 'erfahrene' Person dabei ist und
72 dass es eine Handreichung gibt, die Does and Don'ts, sowie einige basale
73 Argumentationslinien der GRÜNEN JUGEND aufzeigt, damit es ein angenehmer Abend
74 mit dem ein oder anderen Getränk sein kann.

75 Haustürwahlkampf

76 Schließlich wollen wir auch durch Haustürwahlkampf sehr effektiv und gezielt
77 mobilisieren. Dabei werden wir uns auf Stadtteile von GJ-Kandidat*innen und
78 solchen mit vielen jungen Menschen konzentrieren. Der Bundesverband der GRÜNEN
79 wird Anfang Januar eine neue App präsentieren, mit derer die Dokumentation des
80 Haustürwahlkampfes deutlich angenehmer und zielgerichteter stattfinden wird, als
81 dies über Papierzettel möglich wäre.

82 Beim Haustürwahlkampf (oder Tür-zu-Tür-Wahlkampf) geht es darum, in maximal
83 einer Minute eine Kernbotschaft zum Wählen zu vermitteln. Erfahrungsgemäß ist
84 die Zeit zwischen 17 Uhr und 20 Uhr am besten geeignet. Es sind immer zwei
85 Personen zusammen, sodass auch niemand alleine unterwegs ist. Damit unsere
86 Aktiven dafür vorbereitet sind, wollen wir Tür-zu-Tür-Wahlkampf-Trainings
87 anbieten.

W4NEU BILDUNGSARBEIT FÜR DEN WAHLKAMPF UND MITGLIEDEREINBINDUNG

Antragsteller*in: Wahlkampfteam
Beschlussdatum: 07.12.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Wahlkampfplanung

Antragstext

1 Wir planen zusammen: Verantwortlichkeiten im Sternprinzip

2 Nur durch hohen Organisationsaufwand lässt sich ein guter Wahlkampf führen,
3 deshalb wird das Wahlkampfteam Engagierte gezielt fördern und ermutigen
4 Verantwortung in der Planung des Wahlkampfs zu übernehmen, um die Verantwortung
5 und Arbeit auf viele Menschen in einem Netzwerk zu übertragen. Dazu schlagen wir
6 vor, Verantwortliche zu benennen, die gezielt die Organisation von bestimmten
7 Formaten übernehmen, interessierte Mitglieder ermutigen mitzumachen und bei
8 Herausforderungen der späteren Durchführung unterstützen.

9 Diese Verantwortlichen bilden nicht nur eine Schnittstelle ins Wahlkampfteam,
10 sondern können auch Feedback zur Unterstützung ans Wahlkampfteam rückmelden.
11 Transparenz ist Leitlinie unseres politischen Handelns und hilft darüber hinaus
12 Ressourcen zielgerichtet einzusetzen. Daher sollte das Wahlkampfteam in
13 regelmäßigen Abständen über den aktuellen Stand des Wahlkampfes und seine Arbeit
14 Auskunft geben.

15 Bildungsarbeit und Methoden in der Vorbereitung für den Wahlkampf

16 Der Erfolg politischer Arbeit resultiert aus der Partizipation unserer Aktiven
17 und Mitglieder, daher sollte unser Ziel sein, den Wahlkampf aus der Basis heraus
18 zu führen. Damit der Wahlkampf möglichst niedrigschwellig durchgeführt wird,
19 werden zahlreiche inhaltliche und Methodenworkshops angeboten.

20 Methoden

21 Da sich politische Jugendliche aber gerade im Wahlkampf oft gezwungen sehen,
22 ihre Ansichten nicht nur zu erklären, sondern auch zu verteidigen: vor
23 Klassenkamerad*innen, Komiliton*innen oder Kolleg*innen, in der Familie, oder
24 auf der Straße, was eine ziemliche Herausforderung sein kann, möchten wir die
25 Mitglieder und Aktiven der GRÜNEN JUGEND Hamburg auf solche Debatten
26 entsprechend vorbereiten.

27 Wir wollen hierbei besonders auf die methodische Schulung von FIT*-Personen
28 achten und gegebenenfalls gesonderte Schulungen ausschließlich für FIT*-Personen
29 anbieten.

30 Um Kräfte zu bündeln, sollten wir diese Weiterbildungen in Kooperation und
31 Absprache mit den Kreisverbänden der GRÜNEN Hamburg und Interessierten aus
32 benachbarten Landesverbänden der GRÜNEN JUGEND organisieren.

33 • Veranstaltung zum zeitlichen Management von Beruf / Studium / Schule und
34 sozialem Umfeld / Ruhepausen während des Wahlkampfes

35 • Generelle Rhetorik- und Argumentationstrainings und allgemeine Einführung
36 in Straßenaktionen

37 • Schulung zum Haustürwahlkampf

38 • Schulungen im Umgang mit digitalen Tools der GRÜNEN JUGEND Hamburg

39 Hierbei achten der Landesvorstand und das Wahlkampfteam darauf, nicht
40 ausschließlich GRÜNEN-Mitglieder als Referierende zu gewinnen.

41 Neben Schulungen wird das Wahlkampfteam Handreichungen, Reader und Vorlagen zur
42 Organisation von Aktionen bereitstellen an denen sich alle orientieren können.

43 Thematische Vorarbeit für den Wahlkampf

44 Die inhaltliche Vorbereitung unserer Wahlkämpfer*innen wird in den Teams rund um
45 die drei Kampagnen, sowie den korrespondierenden drei Aktiventreffen
46 stattfinden. Dadurch motivieren und befähigen wir die Aktiven und Mitglieder der
47 GRÜNEN JUGEND Hamburg, sich sicher im Wahlkampf zu präsentieren. Die
48 Aktiventreffen sollen direkt dazu dienen auch miteinander zu spielen, wie
49 Gespräche im Wahlkampf ablaufen könnten.

50 **Interessierte durch kontinuierliche Aktiventreffen und Verbandsarbeit in die GJHH**
51 **einbinden**

52 Im Laufe des Wahlkampfs werden viele Neue dazukommen. Denen wollen wir nicht nur
53 mit Wahlkampf, sondern auch durch kontinuierliche Aktiventreffen und
54 Verbandsarbeit den repräsentativen und einfachen Einstieg in die GJHH
55 ermöglichen.

W5 SOCIAL-MEDIA-STRATEGIE IN DEN WAHLKÄMPFEN 2019

Antragsteller*in: Wahlkampfteam
Beschlussdatum: 07.12.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Wahlkampfplanung

Antragstext

1 Um unsere Inhalte Wähler*innen gezielt zu vermitteln, möchten wir Content wie
2 Moodfilme, Informationsgrafiken, Sharepics und Interviews produzieren und diese
3 über unsere Social Media Kanäle verbreiten. Eine zeitnahe Veröffentlichung ist
4 hierbei entscheidend. Daher möchten wir Werkzeuge nutzen, die schnelle und
5 demokratische Abstimmungen zur Freigabe von Content ermöglichen. Jedoch sollte
6 bei großen Unstimmigkeiten ein Veto möglich sein. Das Wahlkampfteam sollte
7 Zugriff auf die Social Media Kanäle der GRÜNEN JUGEND Hamburg erhalten, sodass
8 es auch eigenständig wahlkampfbezogene Postings vornehmen kann.

9 Es ist darauf zu achten, dass relevante Inhalte zu strategisch sinnvollen
10 Zeitpunkten veröffentlicht werden, um so eine möglichst hohe Aufmerksamkeit in
11 der Berichterstattung zu erhalten.

12 In der "heißen Wahlkampfphase" wird es zu einer hohen Frequenz an Postings
13 kommen. Aus diesem Grund bietet sich die Gründung einer Social Media
14 Projektgruppe um Jakob Klooth und die Sprecherinnen Rosa Domm und Emilia "Milla"
15 Fester an. Diese sollte die Moderation von Beiträgen, sowie das Prüfen von
16 Veröffentlichungen organisieren. Um darauf vorbereitet zu sein, werden
17 Schulungen zur Fortbildung im Social Media Bereich angeboten. Darüber hinaus
18 möchten wir auch Basis-Mitgliedern Schulungen im Umgang mit Tools der GRÜNEN
19 JUGEND Hamburg anbieten, sodass diese selbstständig Content erstellen können und
20 so die Flexibilität des Social Media Teams erhöhen.

21 Aufgrund der Effektivität gekaufter Werbung möchten wir auch gezielt in den
22 sozialen Medien um Wähler*innen werben. Dafür bedarf es der Aufstellung eines
23 Social Media Budgets und dem Recherchieren der Kosten von relevanten Keywords.
24 Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen sollte durchgehend gemessen werden. Nach wie
25 vor kritisieren wir die Datenerhebung bspw. durch Facebook, welche anhand der
26 vor Kurzem veröffentlichten internen Dokumente Facebooks durch das britische
27 Parlament nochmals besonders zu kritisieren ist. Gleichwohl sehen wir den Kauf
28 von Werbung als notwendiges Übel an, um unsere progressive Message mehr Menschen
29 zugänglich zu machen.

W6 EUROPA- UND BEZIRKSWAHLKÄMPFE 2019: DER GROBE ZEITSTRAHL

Antragsteller*in: Wahlkampfteam
Beschlussdatum: 07.12.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Wahlkampfplanung

Antragstext

1 Aus den Anträgen bzgl des TOP 4 Wahlkampfplanungen zur
2 Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Hamburg 2018.3 (außerordentlich)
3 ergibt sich folgender Zeitstrahl, der von der Landesmitgliederversammlung als
4 Orientierungslinie für den Wahlkampf zu bestätigen ist:

5 **VORBEREITUNGEN**

- 6 • Dezember:
- 7 • 15./16.12. GJHH-LMV: **Verabschiedung des Wahlkampfhaushalts und**
- 8 **Beschlussfassung des groben Wahlkampfs**
- 9 • Januar:
- 10 • **Beginn Materialerstellung und Kampagnenausarbeitung**
- 11 • **30.01. Aktiventreffen: Vorstellung der drei Kampagnen**

12 **BEGINN WAHLKAMPF SUPERLIGHT ab 30.01.**

13 **Testläufe der Aktionen und Formate**

- 14 • **Februar/März:**
- 15 • **Weitere Ausarbeitung der Aktionen und Veranstaltungen**
- 16 • **Methodenschulungen und Aktiventreffen zu den 3 Kampagnen**
- 17 • **Ende März: GJHH-Wahlkampflightkickoff**

18 **BEGINN WAHLKAMPF LIGHT ab Ende März**

19 **Zwei Wahlkampfaktionen oder -veranstaltungen pro Woche**

- 20 • April:
- 21 • **Reflexion aus dem Wahlkampf Superlight**
- 22 • **Weitere Methodenschulungen**
- 23 • **20.04. GJHH-Wahlkampfkickoff: Party und Fahrradwerkstatt**
- 24 BEGINN WAHLKAMPF HOCHPHASE ab 20.04.
- 25 Durchschnittlich eine Wahlkampfaktion oder -veranstaltung pro Tag (alle 7
26 Bezirke mindestens einmal abdecken)
- 27 • Mai
- 28 • **Einige größere Veranstaltungen**
- 29 • **letzte Methodenschulungen**
- 30 • **11./12.05. GJHH-Wahlkampf-Bergfest & Politischer/Hate Slam**
- 31 BEGINN ENDSPURT ab 13.05.
- 32 Eine Wahlkampfaktion oder -veranstaltung und eine
33 Flyerrunde/Haustürwahlkampf/Kneipenwahlkampf in einem anderen Bezirk, also 2
34 Bezirke pro Tag bespielen
- 35 • **24.05. Freitag, 10 Uhr, Start 48-Stunden-Wahlkampf im Schichtensystem**
- 36 • **25.05. Abend vor Wahl: Abschlussparty in cooler Location & größere
37 Veranstaltung**
- 38 • **26.05. Europa- und Bezirkswahlen und Wahlparty**
- 39 NACHBEREITUNG
- 40 • Juni:
- 41 • **Nachbereitung/Ausblick Wiederverwendung Material**

W7 WAHLKAMPF-FINANZEN (2019)

Antragsteller*in: Wahlkampfteam
Beschlussdatum: 07.12.2018
Tagesordnungspunkt: 4. Wahlkampfplanung

Antragstext

- 1 Aktuell stehen 1.500€ im Haushalt 2019 für den Wahlkampf zur Verfügung. Diese
2 wollen wir schwerpunktmäßig für Materialien und Veranstaltungen bzw. Aktionen
3 ausgeben.
- 4 Entsprechend werden die Kosten sowohl für Reisen und Übernachtungen als auch für
5 sonstige Aufwendungen im Vergleich zum beschlossenen Haushalt der GRÜNEN JUGEND
6 Hamburg für 2019 reduziert. Da der Haushalt 2019 der GRÜNEN Hamburg bereits
7 beschlossen wurde, ist es auch leider nicht mehr möglich mehr Geld als
8 Grundförderung vom Landesverband der GRÜNEN für den Wahlkampf zu bekommen.
- 9 Um dennoch mehr Geld zu bekommen, werden wir in enger Absprache mit den
10 Kreisverbänden einen Aktionsreader erstellen, aus welchem die einzelnen
11 Kreisverbände Aktionen wählen können, um deren Durchführung sich die GJHH gegen
12 finanzielle Mittel kümmern wird. Es ist für uns aber klar, dass wir bei den
13 Kreisverbänden nicht als Bittsteller*innen auftreten werden, sondern im Gegenzug
14 für gut geplante und durchgeführte Aktionen eine gute Bezahlung erwarten.
- 15 Wir werden uns darum bemühen europa-thematische Veranstaltungen zusammen mit dem
16 Landesverband der GRÜNEN zu veranstalten, da diese auch maßgeblich für den
17 Europawahlkampf in Hamburg verantwortlich sind.
- 18 Unsere Wahlkampfpartys sollen so angelegt werden, dass sie sich selber tragen
19 können und ihre Kosten somit beispielsweise über Eintritt oder Getränkeverkauf
20 wieder eingespielt werden können.
- 21 Inhaltliche Veranstaltungen wollen wir soweit wie möglich als
22 Bildungsveranstaltungen durchführen. Dadurch können wir unsere begrenzten
23 finanziellen Wahlkampffressourcen auf die eindeutigen Wahlkampfveranstaltungen
24 konzentrieren und trotzdem eine Menge an Veranstaltungen stattfinden lassen, die
25 auf unsere Kampagnenthemen einzahlen. In dieser Kombination sind wir in der Lage
26 eine Menge an Aktionen auf die Straße zu bringen, viele inhaltliche
27 Veranstaltungen durchzuführen und super Materialien selber zu erstellen
28 beziehungsweise vom Bundesverband zu kaufen.

L1 WE ARE HERE! AND WE ARE QUEER! - FÜR EIN RADIKAL QUEERFEMINISTISCHES POLITIKVERSTÄNDNIS

Antragsteller*in:	Arbeitskreis Frauen, Inter* und Trans* und Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum:	05.12.2018
Tagesordnungspunkt:	8. Leitantrag

Antragstext

1 Die Zukunft betrifft uns alle. Und genau darum muss Politik auch alle mit
 2 einschließen, allen die Möglichkeit geben, ihre Meinung in den politischen
 3 Diskurs einzubringen, um das Potential unserer vielfältigen Gesellschaft
 4 auszuschöpfen. Aber diese Vielfalt, lässt sich in der aktuellen politischen
 5 Landschaft nach wie vor nicht umfassend finden. Noch viel zu selten finden die
 6 Stimmen von Frauen und LGBTQIA* (Abkürzung: Lesbian, Gay, Bisexual, Trans*,
 7 Queer, Intersex, Asexual) Gehör.

8 Auch in einem Bundesland wie Hamburg sitzen in der Bürgerschaft nur 37% Frauen
 9 und keine einzige offen lebende Inter*- oder Trans*-Person.

10 Auch in einer weltoffenen Metropole wie Hamburg dürfen viele
 11 Partner*innenschaften nicht adoptieren.

12 Darum sieht sich die GRÜNE JUGEND Hamburg in der außerordentlichen Pflicht,
 13 Politik so zu gestalten, dass die behauptete Möglichkeit zur Teilhabe endlich
 14 Realität wird. Wir wollen uns mit allen diskriminierten Menschen solidarisieren
 15 und endlich die nötigen Reformen und rechtlichen Schritte einfordern, die es
 16 für eine rundum gleichberechtigte Welt braucht.

17 1. Selbstverständnis als queerfeministischer Verband

18 Denn die GRÜNE JUGEND Hamburg begreift sich als queere Organisation, die allen
 19 sozialen und biologischen Geschlechtern, sowie allen sexuellen Orientierungen,
 20 sozialer geschlechtlicher (Selbst-)Darstellung und allem, was sich nicht
 21 definieren lässt, Platz und Entfaltungsmöglichkeiten bieten möchte.

22 Aus dieser Maxime lässt sich leicht eine Handlungsanweisung ableiten, denn
 23 Politik zu machen, bedeutet nicht nur Visionen zu haben, für die eigene und die
 24 Zukunft anderer zu kämpfen und etwas verändern zu wollen, sondern auch jene
 25 Visionen in klare Forderungen umzuwandeln und im politischen Alltag zu leben.

26 Zu dieser Erkenntnis ist die GRÜNE JUGEND Hamburg auch schon einmal gekommen
 27 und hat mit dem Antrag "FIT* an die Macht" (September 2017) einen ersten
 28 Grundstein für eine klare Handlungsanweisung bezüglich unserer
 29 Selbstdefinition als queerfeministischer Verband verfasst.

30 Die Leitanträge der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Hamburg
31 (Dezember 2018) greifen viele der damals formulierten Ziele wieder auf und
32 zitiert "FIT* an die Macht" an vielen Stellen. Weshalb die GRÜNE JUGEND Hamburg
33 dennoch erneut einen Beschluss zum Thema Queerfeminismus fassen soll, erklärt
34 sich darin, dass diese Leitanträge allumfassender sein wollen. Wir begreifen
35 Queerfeminismus nicht als Nischen- sondern als Querschnittsthema.

36 2. Geschlechterrollen abschaffen

37 Rollenzuschreibungen und Klischees bestimmen unser tägliches Leben und Handeln.
38 Teilweise sitzen sie so fest, dass sie unterschwellig immer wieder zum Vorschein
39 kommen - auch wenn wir uns ihrer Existenz bewusst sind. Vor allem in Bezug auf
40 Geschlechter ziehen wir anhand von äußeren Merkmalen häufig Schlüsse:
41 Mädchen verknüpfen wir beispielsweise eher mit der Farbe rosa, Jungs mit
42 hellblau. Es wird angenommen, dass Jungs besser in Physik sind als ihre
43 weiblichen Mitschülerinnen und Frauen zum Beispiel kein Interesse an
44 Verkehrsthemen haben.

45 Nur in seltenen Ausnahmefällen wird mitgedacht, dass die binäre
46 Geschlechtereinteilung überholt ist und sich nicht alle entweder als Mann oder
47 als Frau einordnen lassen (wollen). Gerade Inter*- und Trans*-Menschen, sowie
48 LGBTQIA*s leiden in unserer Gesellschaft unter starken Vorurteilen, sie werden
49 auch rechtlich diskriminiert.

50 2.1. IT* lives matter

51 Die Situation von Inter*- und Trans*-Menschen in unserer Gesellschaft ist
52 prekär. Sie werden als solche nicht anerkannt und als "krank" oder "unnormale"
53 abgestempelt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) klassifiziert trans*
54 mittlerweile zwar nicht mehr als "Störung der Geschlechtsidentität", doch
55 Trans*-Menschen leiden immer noch unter dem Stigma, psychisch krank oder sogar
56 gesellschaftsgefährdend zu sein.

57 Strukturell leiden Trans*-Personen in Deutschland besonders stark. Ihnen wird
58 ein würdevoller medizinischer Angleichungsprozess verweigert und auch die
59 juristische Anerkennung einer Namens- oder Personenstandsänderung ist teuer und
60 kompliziert. Sie müssen psychiatrische Gutachten vorlegen und somit nachweisen,
61 dass sie tatsächlich trans* sind. Es liegt also in der Entscheidungsmacht der
62 begutachtenden Person, was eine enorme psychische Belastung ist und Hürden
63 aufbaut. Dafür gilt die Maßnahme bei Vorliegen dieser Gutachten als
64 medizinisch notwendig und wird durch die Krankenkassen bezahlt. Wir wollen daher
65 sowohl die Pathologisierung von trans* überwinden, gleichzeitig aber
66 sicherstellen, dass entsprechende teure Angleichungsoperationen weiterhin nicht
67 von den Betroffenen selbst zu tragen sind.

68 Trans*-Personen wird der Weg zu einer geschlechtsangleichenden Operation also
69 erschwert. Im Gegensatz dazu, wird sie bei intersexuellen Kindern ungefragt und
70 leichtfertig durchgeführt. Direkt nach der Geburt wird oft überforderten
71 Eltern eine Genitaloperation stark empfohlen, damit die Kinder in die
72 gesellschaftliche Vorstellung der geschlechtlichen Binarität passen. Diese
73 Eingriffe sind medizinisch nicht notwendig.

74 Die Folgen eines solchen Übergriffs sind sowohl psychisch als auch körperlich:
75 Lebenslang müssen Betroffene Hormone einnehmen, leiden unter Schmerzen beim
76 Wasserlassen und sind sexuell beeinträchtigt. Zusätzlich müssen sie sich
77 vielfacher Nachbehandlungen unterziehen. Vaginaplastiken, die an Kindern geformt
78 wurden, müssen regelmäßig gedehnt werden. Das stellt eine wiederholende,
79 traumatisierende Gewalterfahrung dar und führt häufig aufgrund der verfrühten
80 Fremdeinschätzung auch zu langfristigen psychischen Störungen.

81 Nicht nur Unbeteiligte sind über Intersexualität häufig uninformiert, auch
82 Betroffene haben oft kaum Vorwissen. Sie erfahren sogar häufig erst nach vielen
83 Jahren und per Zufall von ihrer Behandlung und den Eingriffen, die sie als
84 Kinder über sich ergehen lassen mussten. In solchen Fällen wird außerdem die
85 Einsicht in die eigenen Akten verweigert oder blockiert.

86 Das Thema ist so wenig in der Gesellschaft verankert, dass es wenig Wissen und
87 viele Vorurteile darüber gibt. Es bedarf also einer umfassenden Bildungsarbeit,
88 die in der Schule, aber auch außerhalb stattfinden muss. Dadurch wird das Thema
89 nicht nur gesellschaftlich verankert, sondern Inter*-Personen machen auch die
90 Erfahrung, dass sie nicht alleine sind.

91 **2.2. Drittes Geschlecht**

92 Menschen nach ihrem Geschlecht zu kategorisieren ist überholt und gehört daher
93 abgeschafft. Das langfristige Ziel muss sein, das Geschlecht aus dem Gesetz zu
94 entfernen, um eine echte Gleichheit aller Menschen zu erwirken - unabhängig von
95 ihrem biologischen oder sozialen Geschlecht. Ein erster Schritt dahin ist die
96 Öffnung des binären Geschlechtersystems. Daher begrüßen wir die Einführung
97 eines Dritten Geschlechts.

98 Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts soll es in Zukunft möglich
99 sein, dass Inter*-Personen ihre Geschlechtsidentität positiv im
100 Geburtenregister eintragen lassen. Dieser Schritt war lange überfällig,
101 beendet aber trotzdem keineswegs automatisch die allgegenwärtige Beschränkung
102 auf binäre Geschlechter. Der Umsetzungsprozess muss daher kritisch begleitet
103 werden, damit nicht nur isoliert eine Änderung im Personenstandsgesetz erfolgt,
104 sondern diese Chance genutzt wird, um in der Breite eine Überwindung der
105 binären Geschlechterwelt zu erreichen. Denn die Einengung auf binäre
106 Geschlechter betrifft nicht nur Inter*-Personen, sondern auch jene Menschen, die
107 zwar biologisch eindeutig zugeordnet werden können, sich aber keiner der beiden
108 binären Geschlechtern zugehörig fühlen. Wohlgemerkt betrifft dies den
109 Großteil der Trans*-Personen nicht, welche biologisch klar zugeordnet werden
110 können und sich einem binären Geschlecht zugehörig fühlen, jedoch nicht
111 ihrem biologisch zugeordneten Geschlecht. Entsprechend ist auch eine
112 Grundgesetzänderung anzustreben, damit nicht nur die Gleichberechtigung von
113 Mann und Frau verankert ist. Außerdem sollte der Unterschied zwischen
114 biologischem Geschlecht und Geschlechtsidentität im Grundgesetz erwähnt und
115 ein Diskriminierungsverbot bezüglich geschlechtlicher Identität
116 festgeschrieben werden.

117 **2.3. Post-Gender**

118 Auch gesellschaftlich ist eine Abkehr vom binären Geschlechtersystem dringend

119 notwendig. Zwar ordnet sich ein Großteil unserer Gesellschaft einem Geschlecht
120 zu, allerdings passen nicht alle in dieses Konstrukt. Es wird aber erwartet,
121 dass sich alle in das binäre System einordnen. Es werden also eine
122 Erwartungshaltung aufgebaut und Rollenzuschreibungen gemacht. Diese vereinfachte
123 Kategorisierung ist überholt, denn nicht nur Männer und Frauen leiden unter
124 Rollenzuschreibungen, auch non-binary-Menschen und alle, die sich nicht dieser
125 Kategorisierung hingeben wollen, werden in diesem Zusammenhang benachteiligt.
126 Wenn wir wegkommen wollen von Rollenzuschreibungen, muss das mit der Öffnung
127 des binären Geschlechtersystems einhergehen.

128 **2.4. Heteronormativität überwinden**

129 Nicht nur die Beschränkung auf binäre Geschlechter ist ein Problem in unserer
130 Gesellschaft. Mit dieser Beschränkung einher geht die Annahme, dass lediglich
131 romantische und sexuelle Beziehungen zwischen Mann und Frau akzeptabel seien.
132 Diese Annahme ist rein ideologisch begründet und wird auch Heteronormativität
133 genannt. Homosexuelle Beziehungen zwischen Menschen der gleichen
134 Geschlechtsidentität sind vollkommen normal und sollten auch entsprechend
135 behandelt werden. Leider ist es für homosexuelle Personen weiterhin nötig sich
136 zu "outen" und damit als offen "anders" zu markieren. Gerade in eher
137 traditionell geprägten Gegenden oder Familien wird die Homosexualität oft
138 nicht akzeptiert. Den Betroffenen bleibt meist nur das Wegziehen in die Städte
139 oder das Vorleben einer alternativen Realität. Jugendliche sind davon besonders
140 betroffen. Oftmals leiden sie auch unter Outing durch Dritte und sind dann Opfer
141 von Mobbing. Das führt auch zu der deutlich höheren Suizidrate unter
142 homosexuellen Jugendlichen.

143 Dagegen gilt es dringend aktiv zu werden. Konkrete Maßnahmen sind die bessere
144 Förderung von Hilfs- und Beratungsangeboten für Homosexuelle, Aufklärung in
145 den Schulen und bei Eltern und endlich die Aufnahme eines Verbots der
146 Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung in das Grundgesetz.

147 Darum fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg:

- 148 • die Marginalisierung von Trans*- und Inter*-Personen endlich zu beenden:
149 Diesen Menschen und ihren Schicksalen muss zu Sichtbarkeit und
150 gesellschaftlicher Akzeptanz verholfen werden. Hierzu braucht es
151 schulische und außerschulische Bildungsangebote.
- 152 • die Schaffung von mehr Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten für Betroffene
153 (Homosexuelle, Inter*- und Trans*-Personen) und Angehörige.
- 154 • die Abschaffung des Transsexuellengesetzes und Ersetzung durch ein
155 zeitgemäßes Gesetz, das den Zugang sowohl zu geschlechtsangleichenden
156 Maßnahmen, als auch Namens- und Personenstandsänderungen erleichtert und
157 keine Legitimation mehr zu staatlicher Diskriminierung darstellt, wobei
158 sicherzustellen ist, dass geschlechtsangleichende Operationen nicht von
159 den Betroffenen zu bezahlen sind.
- 160 • dass jegliche medizinisch nicht notwendige geschlechtsangleichende
161 Operationen ohne die Einwilligung der*des Patient*in verboten werden.

- 162 • mehr Forschungsarbeit zur Wirkung von Hormonbehandlungen und zur
163 Verbesserung von geschlechtsangleichenden Operationen.

- 164 • eine verlängerte Aufbewahrung der Akten über die medizinischen Eingriffe
165 und die Sicherstellung der Zugänglichkeit für die betroffene Person.

- 166 • die Aufnahme von einem dritten, nicht binären Personenstand in Artikel 3
167 (2) Grundgesetz als ersten Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der
168 jegliche Geschlechter keine Rolle mehr spielen und daher aus dem Gesetz
169 gestrichen werden.

- 170 • die Aufnahme von Schutz vor Diskriminierung aufgrund von geschlechtlicher
171 Identität und sexueller Orientierung in Artikel 3 (3) Grundgesetz.

- 172 • gendergerechte Sprache mit * in allen digitalen und analogen
173 Veröffentlichungen sowie dem allgemeinen Internetauftritt aller Hamburger
174 Behörden.

- 175 • die Öffnung öffentlicher Toiletten weg von der Unterscheidung zwischen
176 Männern und Frauen hin zu Toiletten für alle.

177 **3. My body - my choice: Sexuelle Selbstbestimmung**

178 Das Recht eines jeden Menschen, über das eigene sexuelle Verhalten und den
179 eigenen Körper zu bestimmen, scheint heutzutage als selbstverständlich
180 angesehen zu werden. Leider ist es dennoch ein sehr langer Weg, bis die
181 vollständige sexuelle Selbstbestimmung, wie sie in weiten Feldern der
182 Gesellschaft angepriesen wird, wirklich vorhanden ist. Ein erster Schritt in die
183 richtige Richtung wurde mit der Definierung eines "Nein" als gesetzlich
184 bindendes "Nein" und nicht als "vielleicht ja doch" oder "überzeuge mich!"
185 getan. Um jedoch wirklich im öffentlichen Diskurs zum Verständnis von
186 Einvernehmlichkeit und sexueller Selbstbestimmung weiter zu kommen, muss als
187 erster unumstößlicher Grundsatz der Konsens zwischen den Teilnehmenden gelten.
188 Das gilt für körperliche Nähe, Berührungen sowie für Sex.

189 Je weniger das Thema Sex und sexuelle Selbstbestimmung gesellschaftlich
190 tabuisiert wird, desto leichter ist eine umfassende Aufklärungsarbeit in diesen
191 und zugehörigen Themen möglich. Diese Enttabuisierung sollte Voraussetzung und
192 Teil der Aufklärungsarbeit sein.

193 **3.1. Aufklärung über diverse Beziehungsformen**

194 Besonders Sex und Partner*innenschaften zwischen gleichgeschlechtlichen
195 Partner*innen, offene Partner*innenschaftsformen und Partner*innenschaften von
196 mehr als zwei Personen werden bisher gesellschaftlich kaum thematisiert und
197 erfahren im Diskurs häufig Abwertung und Ekel.

198 Aufklärung muss besonders auch in der Schule stattfinden. Hier wird das Thema
199 "gleichgeschlechtliche Liebe" und anderer sexueller Orientierungen bisher, trotz
200 der Auflistung in den Richtlinien für Sexualerziehung, kaum behandelt.

201 3.2. Verhütungsmittel

202 Auch in dem Bereich Verhütung muss deutlicher über alle Arten von
203 Verhütungsmitteln, ihre Möglichkeiten und Risiken aufgeklärt werden. Um
204 selbstbestimmt über seinen*ihren Körper entscheiden zu können, ist eine
205 breite Wissensgrundlage in diesem Bereich Voraussetzung. Nur durch eine
206 umfassende Bildung über die Wirkungsweise von (hormonellen) Verhütungsmitteln
207 auf den Körper mit ihren Vor- und Nachteilen kann eine bewusste und
208 selbstbestimmte Entscheidung für oder gegen ein solches Verhütungsmittel
209 getroffen werden. Die Vielfalt von Verhütungsmitteln und -methoden muss vor
210 allem in der schulischen Sexualbildung mehr Beachtung geschenkt werden. Zur
211 Verhütung gehören immer alle Beteiligten, es ist damit nur logisch, auch alle
212 Menschen gleichermaßen über dieses Thema umfassend aufzuklären. Eine bloße
213 Benennung von „Möglichkeiten zur Empfängnisverhütung“ reicht hierbei noch
214 lange nicht aus! Ebenfalls unerlässlich, ist der konkrete Verweis auf
215 professionelle Institutionen, die Hilfestellungen, Informationen und Beistand
216 anbieten.

217 Der Zugang zu wirksamen Verhütungsmitteln und das Wissen darüber dürfen
218 außerdem nicht von finanziellen Mitteln abhängen.

219 Um sich und den eigenen Körper vor einer ungewollten Schwangerschaft oder der
220 Infektion mit einer Geschlechtskrankheit schützen zu können und jeder*m die
221 selbstbestimmte Ausübung der eigenen Sexualität zu ermöglichen, muss jeder*m
222 ein niedrigschwelliger Zugang zu umfassender Sexualbildung, Beratungsstellen und
223 entsprechenden Verhütungsmitteln und -methoden ermöglicht werden. Nur so kann
224 in Zukunft die freie Entscheidung über den eigenen Körper und die sexuelle
225 Identität gestärkt werden.

226 Darum fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg:

227 • mehr Aufklärungs- und Bildungsangebote zum Thema Konsens. Hiermit muss
228 bereits früh genug begonnen und die Wichtigkeit betont werden.

229 • die Förderung von Aufklärungsarbeit über sexuelle und geschlechtliche
230 Vielfalt und die Auswahl an Verhütungsmitteln mit ihren Vor- und
231 Nachteilen.

232 • die Ausgabe von kostenlosen Kondomen und Lecktüchern an zentralen
233 Anlaufstellen.

234 • kostenlose Verhütungsmittel, begleitet von umfassender Aufklärung und
235 Beratung.

236 4. Sexuelle Gewalt

237 Gewalt gegen Frauen und queere Menschen ist heute in unserer Gesellschaft immer
238 noch ein alltägliches Problem. Fälle von körperlicher Gewalt sind zahlreich
239 bekannt und auch psychische Gewalt gegen Frauen ist präsent. Die
240 Selbstverständlichkeit, mit der Frauen und queere Menschen körperlich, verbal

241 und strukturell angegriffen werden, ist erschreckend. Täter*innen kommen meist
242 ungestraft davon und nur in Ausnahmefällen schreiten Außenstehende ein oder
243 helfen dem Opfer. Dadurch wird nicht in Frage gestellt, ob gewalttätiges
244 Verhalten gegenüber Frauen und queeren Menschen zu Unrecht passiert.

245 Nicht nur im gesellschaftlichen Kontext wird sexuelle Gewalt nicht konsequent
246 genug verfolgt. Erst vor kurzem wurde klargestellt, dass ein "Nein" ein Grund
247 ist, einen Missbrauch als Vergewaltigung anzeigen zu können. Betroffene müssen
248 nach wie vor dafür kämpfen, dass das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, als
249 solches anerkannt und geahndet wird. Initiativen, die Opfer sexueller Gewalt
250 darin unterstützen, juristische Prozesse erfolgreich zu führen, müssen
251 unterstützt werden!

252 Bei gerichtlichen Verfahren und Prozessen muss mehr Rücksicht auf die Gefühle
253 und die psychische Verfassung der*des Betroffenen gebracht werden. Der Schutz
254 von Betroffenen muss jederzeit gewährleistet sein. Durch die Gewalterfahrungen
255 sind Opfer häufig traumatisiert, die erneute Konfrontation kann sehr
256 schmerzlich sein.

257 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert daher:

- 258 • mehr Präventionsarbeit im Hinblick auf sexuelle Gewalt, indem
259 Vergewaltigungsmythen entlarvt werden und aufgezeigt wird, welches
260 Verhalten bereits nicht mehr konsensual ist und damit einen Übergriff
261 darstellt, in unserer Gesellschaft aber vielleicht bisher akzeptiert
262 wurde.
- 263 • weitere Reformen im Sexualstrafrecht, die die Position der Betroffenen
264 stärken und das Verfahren für sie erträglicher machen.
- 265 • Schulungen für Polizei und Justiz zum sensiblen Umgang mit Opfern von
266 sexueller Gewalt.
- 267 • eine bessere finanzielle Unterstützung für Frauenschutzhäuser,
268 Beratungsstellen und andere Schutzeinrichtungen für LGBTQIA*-Menschen.
269 Die Existenz solcher Einrichtungen muss sichergestellt werden, sowie die
270 barrierefreie Gestaltung von Schutzräumen für Frauen und queere
271 Menschen, da Menschen mit Beeinträchtigung noch häufiger von sexueller
272 Gewalt betroffen sind.
- 273 • den Ausbau von Täter*innenberatungsstellen.

274 Für eine gleichberechtigte Welt. Für eine queere Zukunft!

Begründung

erfolgt mündlich

L2 SMASH THE PATRIARCHY: POLITISCHE PARTIZIPATION VON FRAUEN, INTER*- UND TRANS*-PERSONEN

Antragsteller*in: Arbeitskreis Frauen, Inter* und Trans* und
Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum: 05.12.2018
Tagesordnungspunkt: 8. Leitantrag

Antragstext

1 Politik sollte für alle und von allen gemacht werden. Deshalb ist es von
2 essentieller Bedeutung, die politische Partizipation von Frauen, Inter*- und
3 Trans*-Personen (FIT*-Personen) sowie gesellschaftlichen Minderheiten zu
4 stärken. In Parlamenten, Parteien und politischen Führungspositionen sind
5 Frauen unterrepräsentiert, obwohl sie die Hälfte der Gesellschaft ausmachen.
6 Dieses strukturelle Problem muss erkannt und angegangen werden. Politik kann nur
7 dann zukunftsfähig sein, wenn sie von allen gestaltet wird, die sie auch
8 betrifft.

9 Parlamente

10 Bei der Bundestagswahl 2017 haben in etwa gleich viele Frauen wie Männer ihre
11 Stimme abgegeben. Trotzdem sind nur 30,9% der Sitze von Frauen besetzt. Unsere
12 Politik wird also von Cis-Männern (Männer, bei denen das biologische und
13 soziale Geschlecht übereinstimmt) dominiert, während weibliche Perspektiven
14 oft unter den Tisch fallen. Dass wichtige politische Entscheidungen
15 hauptsächlich von Cis-Männern getragen werden, ist deshalb problematisch, weil
16 dadurch nicht multidimensional gedacht wird und Entscheidungen getroffen werden,
17 die zwar für 100% der Gesellschaft gelten, aber häufig 50% der Gesellschaft
18 vernachlässigen.

19 Daher ist es enorm wichtig, für Vielfalt in Parlamenten zu sorgen. Frauen,
20 Inter*- und Trans*-Personen müssen auch auf politischer Ebene sichtbar werden
21 und Entscheidungen treffen können!

22 Parteien

23 Nicht nur auf Wahllisten stehen regelmäßig mehr Cis-Männer, auch
24 Direktkandidat*innen sind normalerweise männlich. Neben den GRÜNEN sind die
25 LINKEN derzeit die einzige Partei, die Listenplätze paritätisch aufteilt, denn
26 allgemein gelten Cis-Männer immer noch als durchsetzungsfähiger und
27 erfolgsversprechender. Ihnen wird der politische Karriereweg durch patriarchal
28 geprägte Strukturen erleichtert.

29 Innerhalb der Parteien bedarf es einer konsequenten und strukturierten
30 Förderung von FIT*-Personen. Für sie muss Raum für Engagement- und

31 Gestaltungsmöglichkeiten geschaffen werden. Auch wenn die GRÜNEN in dieser
32 Hinsicht schon fortschrittlicher handeln als andere Parteien, müssen wir auch
33 GRÜNEN-intern immer kritisch bleiben und beispielsweise die Förderung von
34 Inter*- und Trans*-Personen ausbauen.

35 **Ämter und politische Führungspositionen**

36 Parlamente, Regierungen, Ministerien und Gerichte werden viel häufiger von Cis-
37 Männern geführt als von Frauen. Das Argument, dass sich Frauen wohl einfach
38 nicht so gerne politisch einmischen, lassen wir nicht gelten. Wir müssen in
39 allen Organen und Organisationen nicht nur Möglichkeiten schaffen, dass FIT*-
40 Personen genauso gut Führungspositionen übernehmen können wie Cis-Männer,
41 wir müssen ihnen auch den Raum dafür bieten und sie empoweren.

42 Durch klar zugewiesene Plätze, die nur Frauen, Inter*- und Trans*-Personen in
43 Anspruch nehmen dürfen, erhöhen wir die öffentlichkeitswirksame Präsenz von
44 FIT*-Personen und zeigen, dass sie genauso Führungsqualitäten, Intelligenz und
45 Verhandlungsgeschick haben wie Cis-Männer. Deshalb ist es wichtig,
46 Führungspositionen paritätisch zu besetzen und in Ämtern die Diversität
47 widerzuspiegeln, die unsere Gesellschaft zu bieten hat.

48 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg:

- 49 • eine Reformierung des deutschen Wahlrechts: Die Landeslisten aller
50 Parteien sollen nach dem Vorbild Frankreichs quotiert werden müssen.
51 Außerdem muss angestrebt werden, auch die Erststimme zu quotieren. Dies
52 könnte wie in Großbritannien durch eine „All Women Shortlist“ oder
53 das Twinning-Verfahren realisiert werden, bei dem Wahlkreise nach ihren
54 Erfolgchancen sortiert werden und Frauen nicht mehr nur in aussichtslosen
55 Wahlkreisen kandidieren.
- 56 • bessere und konsequentere FIT*-Förderungsprogramme aller Parteien.
- 57 • mindestens die Hälfte der Macht den FIT*-Personen: Das bedeutet die
58 Quotierung von Ministerien, Staatssekretär*innen, Fraktionsvorsitzenden
59 und Fraktionsvorständen.

Begründung

erfolgt mündlich

L3NEU FÜR EIN QUE(E)RDENKEN IN BILDUNG

Antragsteller*in: Arbeitskreis Frauen, Inter* und Trans* und
Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum: 05.12.2018
Tagesordnungspunkt: 8. Leitantrag

Antragstext

1 Die Bildung von heute ermöglicht das Fundament, von dem aus kommende
2 Gesellschaften handeln werden. Genau deswegen muss im Bereich der Bildung - ob
3 in Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten, Jugendzentren oder vielem mehr
4 - Wert auf tatsächliche Gleichberechtigung aller Geschlechter, die Sichtbarkeit
5 von queerfeministischen Themen sowie die Stärkung von sexueller Vielfalt gelegt
6 werden. Denn die Weichen für das individuelle Selbst- und Fremdbild, für
7 verschiedenste Einstellungen gegenüber Gender und Sexualität, sowie zur
8 Sensibilisierung für gesellschaftlich geformte Geschlechterrollen werden früh
9 in der menschlichen Entwicklung gelegt. Damit spielen diese frühen Zeiten der
10 Bildung eine tragende Rolle für die Zukunftschancen eines Menschen,
11 insbesondere aus der Perspektive von Gleichstellung und Diversität. Deswegen
12 muss in jeglicher Form von Bildung die Entwicklung zu selbstbewussten Menschen,
13 im Allgemeinen, aber auch im Bezug zur Geschlechtsidentität und der eigenen
14 Sexualität, und darüber hinaus die positive Auseinandersetzung mit dem eigenen
15 Körper offen unterstützt werden.

16 Genderneutrale Bildung muss daher im allgemeinen Bildungsverständnis fest
17 verankert werden. Diese bezeichnet einen Ansatz in der Pädagogik, der darauf
18 abzielt, dass sich Kinder losgelöst von Geschlechterrollen und -erwartungen
19 bilden können.

20 Das Wort „neutral“ darf in diesem Kontext nicht missverstanden werden. Denn
21 innerhalb der genderneutralen Bildung wird dieses nicht als eine neutrale Mitte
22 zwischen den in unserer Gesellschaft bekannten Identitäten weiblich und
23 männlich verstanden, sondern beschreibt vielmehr das Ziel, dass jedes Kind sich
24 so entfalten kann, wie es ihm/ihr beliebt ohne dabei an irgendwelche Grenzen
25 aufgrund des Geschlechts zu stoßen. Genderneutrale Bildung muss auf
26 unterschiedlichen Ebenen stattfinden, um tatsächlich erfolgreich zu sein.
27 Dafür gilt es zunächst eine allgemeine Sensibilität bei denen zu schaffen,
28 die mit Bildung und Betreuung beauftragt sind: Eltern, Erzieher*innen,
29 Jugendleiter*innen und Lehrende verschiedenster Art.

30 **Smash the Patriarchy! But how? - Kritische Bildung, jetzt!**

31 Patriarchale Strukturen - ob sie sichtbar in der unparitätischen Besetzungen
32 von politischen Gremien oder in der immer noch oft zu Lasten von Frauen
33 unterschiedlich wertgeschätzten und entgeltlichten Care-, Sorge- und
34 Erwerbsarbeit sind - durchziehen unsere Gesellschaft konsequent. Die
35 Veränderung dieser Verhältnisse und Strukturen muss real angegangen werden.

36 Neben den direkten Veränderungen in anderen politischen Feldern, können
37 Bildungseinrichtungen hierbei eine entscheidende Rolle spielen, indem sie die
38 historische Entstehung von patriarchalen Strukturen, deren Funktionsweisen sowie
39 der durch sie bedingten Machtverhältnisse aufzeigen. Darüber hinaus kann eine
40 kritische Bildung zur Reflexion dieser menschengemachten, gewachsenen Strukturen
41 angestoßen werden. Dies geschieht beispielsweise über die Auseinandersetzung
42 mit soziologischen Konstrukten, philosophischen Debatten und politischen
43 Fragestellungen bezüglich des Patriarchats. Dazu gehört ebenfalls eine
44 Behandlung von feministisch-emanzipatorischen Widerständen, Entwicklungen,
45 Bewegungen und Persönlichkeiten im Geschichtsunterricht.

46 **Rollenzuschreibungen und -klischees als Grenzen für die persönliche Entfaltung**

47 Die sozialen Konstrukte, wie eben auch die gesellschaftlich zugeschriebenen
48 Rollen, finden ihren ständigen Eingang in unseren unbewussten sowie auch
49 bewussten Handlungen. So reproduzieren wir ständig gesellschaftlich
50 vermittelte, tradierte und klischeehafte Rollenbeschreibungen. Auch die meisten
51 Lehrenden tun dies noch regelmäßig. So werden die Rollenbeschreibungen
52 aufgrund eines oft äußerlich festgemachten Geschlechts und die daraus
53 abgeleiteten Differenzen zwischen den zwei Geschlechtern weiblich und männlich
54 weitergegeben und gefestigt. Doch um jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben
55 außerhalb der durch Rollen festgeschriebenen Grenzen zu ermöglichen,
56 benötigen wir eine gendersensible Entwicklungsförderung, in der nicht
57 Stereotype bestärkt werden, sondern jede*r Lernende individuell und unabhängig
58 von Geschlecht, Gender und Sex gefördert wird.

59 Dieser gendersensible Umgang mit Lernenden kann schon in der KiTa gelebt werden,
60 sodass Klischees, wie zum Beispiel "die Mädchen spielen nur mit Puppen und alle
61 Jungen bauen immer mit Bausteinen", keinen Einzug finden und die daraus
62 resultierenden Geschlechterdifferenzen nicht gefestigt werden.

63 Auch in der Schule kommt der Loslösung von geschlechtsspezifischen
64 Rollenbeschreibungen eine tragende Rolle zu. Denn hier entstehen durch Klischees
65 und Stereotype gewaltige Unterschiede in den schulischen Leistungen und
66 Lernfortschritten. Mädchen sind typischerweise besser in Sprachen und Jungen
67 besser in den Naturwissenschaften, dies resultiert aber nicht aus dem Geschlecht
68 selbst, sondern aus der Sozialisation dessen. Von Mädchen wird erwartet, dass
69 sie gut in Deutsch sind, dies wirkt sich auf das eigene Anspruchsniveau und die
70 Erfolgserwartungen von Eltern und Lehrenden aus. Beides bedingt sich gegenseitig
71 und wird zu einem Teufelskreis. Die Reflexion dieser Geschlechterrollenbilder
72 auf Seiten der Lehrenden könnte ihnen mithilfe folgenden
73 Weiterbildungsmaßnahmen die nötigen Kompetenzen diesbezüglich an die Hand
74 geben:

75 • Schulungen zum Umgang mit und dem Nutzen von Vielfalt, die die Stereotype
76 im eigenen Denken und Handeln aufzeigen

77 • Regelmäßige Teamsitzungen zur Reflexionen über das alltägliche
78 pädagogische Handeln

79 **Binarität der Geschlechter aufbrechen - Queer-Sein sichtbar machen**

80 Wir brauchen in unseren Bildungsstätten mehr Sensibilisierung für die
81 queerfeministische Vielfalt unserer Gesellschaft. Denn besonders queere Kinder
82 und Jugendliche, die die geschlechtlichen Stereotype in der Regel nicht
83 erfüllen, fühlen sich in diesem Bildungssystem verloren, da Menschen wie sie
84 und deren Schicksale keinen oder kaum Platz finden.

85 Beispielsweise finden sich in den online-Materialien des Landesinstituts für
86 Lehrer*innenbildung Hamburg zu „Gendergerechtem Schulmaterial“ keinerlei
87 Ausführungen zu Inter*- oder Trans*-Personen. Dass es neben den zwei
88 Geschlechtern weiblich und männlich noch andere Geschlechter gibt, sollte
89 spätestens nach der Debatte um die "Dritte Option" endlich Einzug in das
90 Bildungssystem finden. Diese Tabuisierung von geschlechtlicher und sexueller
91 Vielfalt führt dazu, dass Lernende sich nicht „normal“ fühlen, wenn sie
92 die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen können. Dies ist in dem
93 Lebensstadium der eigenen Identitätsfindung, in dem sich Schüler*innen häufig
94 befinden, besonders verheerend und kann weitreichende Schäden in der eigenen
95 Entwicklung zur Folge haben. Deswegen kämpfen wir dafür, dass kein Kind, keine
96 Jugendlichen oder (jungen) Erwachsenen Angst davor haben müssen, über die
97 eigene sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität zu sprechen und
98 Bildungsorte zu diskriminierungsfreien Räumen werden.

99 Eine individuelle Hilfestellung reicht dafür alleinig nicht aus, um die
100 gesamtgesellschaftliche Vorstellung von den binären Geschlechtern - weiblich
101 und männlich - zu erweitern beziehungsweise aufzulösen. Deswegen benötigt es
102 eine inhaltliche Öffnung des Unterrichts, um ein allgemeines Bewusstsein für
103 die queere Vielfalt von Geschlechtern und Sexualitäten zu schaffen.

104 **Mehr als nur Kondome über Holzdildos ziehen! - Allgemeine Verankerung von** 105 **Queerfeminismus in Bildung**

106 Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Gender oder Sexualität kann schon
107 dadurch vorgebeugt werden, dass diesbezüglich informationsreiche Bildungsarbeit
108 stattfindet und Vielfalt von geschlechtlicher und sexueller Identität im Rahmen
109 von allgemeiner Bildung normalisiert wird. Dadurch können die bestehenden
110 Klischees bezüglich der Geschlechter aufgebrochen werden.

111 Viele Schulfächer zeigen in dieser Hinsicht jedoch noch große Defizite auf.
112 Denn lediglich die Nennung verschiedener Geschlechter und der Vielfalt der
113 Sexualitäten innerhalb einer Biologiestunde reichen nicht aus.

114 Anstelle dessen sollte Queerfeminismus fachübergreifend Einzug und Betrachtung
115 in Schule finden. Beispielsweise in ausführlicher queerer Sexualkunde, der
116 Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen im Politikunterricht, dem Recht
117 auf körperliche Unversehrtheit und dem Recht auf die Selbstbestimmung über den
118 eigenen Körper im Ethik- und Philosophieunterricht sowie mit der Historie von
119 Frauen- und Schwulen-/Lesbenbewegungen im Geschichtsunterricht. Auch hier ist
120 ein inhaltlicher Umschwung weg von Inhalten, die Heteronormativität, Binarität
121 und Androzentrismus reproduzieren, hin zu queerfeministischen Inhalten dringend
122 notwendig.

123 Auch hier gilt: Queerfeminismus ist ein Querschnittsthema der Gesellschaft. Und
124 folglich auch der Bildung!

125 **Bildungsinstitutionen als Arbeitsplätze – Vorbildfunktion durch gelebte** 126 **Gleichstellung**

127 Besonders im Bildungssektor ist eine wirklich umgesetzte, vorgelebte
128 Gleichberechtigung aller Vorbild für nachkommende Generationen. Das bedeutet
129 für uns nicht nur, dass auch FIT*-Personen Schulleiter*innen, sondern eben auch
130 Männer als Grundschullehrkräfte tätig werden können. Es würde zu einer
131 Normalisierung von paritätischer Verteilung der Macht führen und diese damit
132 zukünftig selbstverständlich machen.

133 Dabei ist uns zugleich besonders bewusst, wie wichtig diverse positive Vorbilder
134 für junge Menschen auf ihrem Lebensweg sind. Von der Mechatronik-Lehrerin in
135 der Berufsschule, dem körperlich beeinträchtigten Sozialpädagogen an der
136 Grundschule, der türkisch-stämmigen Informatik-Professorin an der Hochschule
137 bis hin zur bisexuellen Haustechnikerin des Jugendtreffs: Sie alle können für
138 Heranwachsende zu wichtigen Identifikationsfiguren werden und ihnen zur
139 Veranschaulichung dienen, dass das Geschlecht keine Rolle bei der Berufswahl und
140 Lebensgestaltung spielt. Doch dafür muss noch einiges geschehen!

141 Die Schule als Arbeitsplatz birgt mit dem 2003 eingeführten Hamburger
142 Lehrer*innenarbeitszeitmodell, welches die Verteilung der Arbeitszeit für
143 Lehrer*innen in Hamburg regelt, neben der allgemeinen Mehrbelastung aller
144 Lehrkräfte zugleich eine besondere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse
145 vieler Lehrerinnen. Dies bedingt sich wie folgt:

146 Der Arbeitsaufwand für alle möglichen Tätigkeiten wird in diesem Modell generell
147 mit Faktoren angegeben. Es gibt unter anderem eine Vorgabe, wie viel Zeitbudget
148 als Unterricht zu erbringen ist. Die Unterrichtsstunden von Lehrer*innen werden
149 mit den Faktoren der jeweiligen Fächer multipliziert. Das Ergebnis ist das
150 Zeitbudget. Bei aufwendigeren Fächern ist also das Zeitbudget mit weniger
151 Unterrichtsstunden erreicht. Dabei gilt die Arbeit in Grundschule und
152 Sekundarstufe I als weniger aufwendig im Vergleich zur Arbeit in der Oberstufe.
153 Die Sozialwissenschaften und Künste gelten als weniger aufwendig im Vergleich
154 mit den Naturwissenschaften. So müssen Lehrer*innen in der Grundschule
155 beziehungsweise in Sozialwissenschaften oder Künsten in der Regel viel mehr
156 unterrichten als ihre Kolleg*innen in der Oberstufe oder in Naturwissenschaften.
157 Da Frauen in der Grundschule und zu Beginn der Sekundarstufe I
158 überdurchschnittlich oft vertreten sind und seltener Naturwissenschaften
159 unterrichten, führt dieses zu einer besonders starken Mehrbelastung für viele
160 Lehrerinnen.

161
162 Deswegen wollen wir ebenfalls, dass - vor dem Hintergrund der Differenzen in den
163 Geschlechterverteilungen in den verschiedenen pädagogischen beziehungsweise
164 lehrenden Berufen - die gleichwertige Relevanz aller pädagogischer Tätigkeiten
165 sich in der gleichwertigen Entlohnung widerspiegelt. Das bedeutet für uns, dass
166 alle Menschen, die im pädagogischen Kontext tätig sind (Erzieher*innen, Sozial-
167 Arbeiter*innen, Psycholog*innen, Lehrer*innen, außerschulische Lehrberufe
168 etcetera), gleich und nach höchstem Standard zu entlohnen sind. So treten wir
169 mit dieser Forderung sowie den Veränderungen des Lehrer*innen-Arbeitszeit-
170 Modells, dem monetären Ungleichgewicht sowie der daraus resultierenden
171 Schlechterstellung von Frauen entschieden entgegen.

172 Auch innerhalb von anderen Bildungsinstitutionen und -formen, wie dem

173 Wissenschaftsbereich, ist die Aufdeckung von patriarchalen Strukturen
174 unumgänglich. Phänomene wie der „Matthäus Effekt“ bei dem in einem
175 ohnehin schon männlich dominierten Forschungsteam auch ebendiese für das
176 gemeinsame Projekt in der Öffentlichkeit stehen und Wertschätzung bekommen,
177 sind leider noch gängige Praxis und müssen entschieden unterbunden werden. Um
178 in Zukunft diese Wissenschaften von ihrem oftmals dominierenden Androzentrismus
179 zu lösen ist eine Bestärkung von Frauen, Inter*- und Trans*-Personen im Zugang
180 zu diesen Wissenschaften zentral. Dieser Prozess fängt bereits in der Schule
181 mit einer gendersensiblen Berufsberatung und der Ermutigung von Mädchen in
182 Naturwissenschaften an.

183 Aktuelle Studien zeigen dennoch, dass das aktuell oft nicht reicht. Frauen
184 stehen einem Machtungleichgewicht gegenüber, welches sich zum Beispiel in
185 Gläsernen Decken - also einer immer stärkeren Aussiebung von Frauen bei umso
186 höher zu erlangendem Abschlussgrad -, sowie in Nichteinstellung, Gender Pay Gap
187 und schlechterer Benotung durch rein männlich besetzte Gremien äußern kann.
188 Auch Frauen schätzen andere Frauen als weniger kompetent als Männer ein. Diese
189 gewachsenen sozialisierten Strukturen müssen sich ändern!

190 Daher fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg:

- 191 • staatlich geförderte Bildungsangebote zu gendersensibler Pädagogik für
192 Menschen, die mit der Erziehung und Betreuung von Kindern befasst sind.
193 Für Menschen, die dies beruflich tun, muss ein solches Angebot in der
194 Ausbildung und regelmäßig in der Tätigkeitsausübung verpflichtend
195 sein.
- 196 • dass die Ausstattungen von Betreuungs- und Lernorten hinterfragt wird. Es
197 sollte beispielsweise überdacht werden, welches Spielzeug wie zur
198 Verfügung gestellt wird oder mit welchen Büchern und Lehrmaterialien
199 gearbeitet wird und inwiefern diese unter Umständen
200 Geschlechterstereotype reproduzieren.
- 201 • besondere staatliche Unterstützung (etwa in Form von Förderprogrammen)
202 für Institutionen, die bereits Ansätze verfolgen, die auf mehr
203 geschlechtliche Chancengleichheit und Diversität abzielen.
- 204 • dass der Zugang für FIT*-Personen zu Führungspositionen im
205 Bildungssektor vereinfacht wird, mitunter auch durch eine Quote.
- 206 • die Lehre sowie die Umsetzung von gendersensibler Entwicklungsförderung
207 in KiTas und gendersensibler Didaktik an Schulen.
- 208 • LGBTQIA*-sensibilisierte Lehrkräfte an allen Schulen, die den queeren
209 Schüler*innen Hilfestellung und Beratung bieten und Ansprechpersonen bei
210 Diskriminierung darstellen.
- 211 • eine stärkere Anti-Diskriminierungsarbeit in Form von Diversity- und
212 Empowerment-Projekten. Dafür müssen langfristig finanzierte
213 Förderprogramme aufgelegt werden.

- 214 • dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Querschnittsthema in allen
215 Bildungs- und Ausbildungsplänen sowie in der Lehrer*innenbildung aller
216 Phasen eine besondere Rolle spielt. Das bedeutet auch eine klare
217 Verankerung in den Studienplänen.

- 218 • dass Genderforschung als Studiengang dauerhaft an den Hochschulen
219 angeboten wird und folglich auch in die dort stattfindende (Aus-)Bildung
220 von pädagogischem Personal integriert wird.

- 221 • eine Untersuchung dazu, welche Vorteile eine geschlechterparitätische
222 Besetzung von Prüfungskommissionen mit sich bringt und entsprechende
223 Handlungsschritte daraus abzuleiten. Dazu gehört auch, die Einführung
224 einer Frauenquote zu prüfen. Hierbei sollen Methoden entwickelt werden,
225 die der daraus resultierenden möglichen Arbeitsmehrbelastung von FIT*-
226 Personen entgegenwirken.

- 227 • eine gute Berufsorientierung und das Anregen einer Berufswahl durch das
228 Wecken und Fördern individueller Interessen - unabhängig von
229 Geschlechterzuschreibungen und -klischees. Dazu soll der "Girl's Day" im
230 Rahmen einer pädagogischen Begleitung stärker dazu genutzt werden
231 Geschlechterstereotypen zu reflektieren, geschlechtsunabhängig Neugierde
232 zu wecken und ökonomische Folgen von Berufswahlen zu thematisieren.

- 233 • dass alle Berufe, in denen im weitgefassten Sinne pädagogische Tätigkeiten
234 ausgeführt werden (Erzieher*innen, Sozial-Arbeiter*innen, Psycholog*innen,
235 Lehrer*innen, Dozent*innen, außerschulische Lehrberufen etcetera), gleich
236 und nach höchstem Standard entlohnt werden.

- 237 • die Fraktion der GRÜNEN Hamburg auf, dass diese Programme gründen, die
238 besonders Frauen ermutigen das Studium zur Lehrerin für MINT-Fächer an
239 Schulen aufzunehmen sowie Leitungspositionen innerhalb von
240 Bildungsinstitutionen zu übernehmen. Zugleich sollen gezielt Männer zu
241 einem Beruf innerhalb der Grundschule oder der KiTa ermutigt werden.

- 242 • Programme, die auf Gleichstellung sowie die Prävention von
243 Diskriminierung abzielen - von der KiTa bis zur Weiterbildung.

- 244 • dass Neugierde unabhängig von Geschlechtern gefördert wird. Deshalb muss
245 auch auf eine entsprechende Sensibilisierung von Eltern sowie Lehrenden
246 geachtet werden. Tätigkeiten (beispielsweise Handwerken, Handarbeit oder
247 Rechnen), Spielzeug und Materialien spezifisch "für Jungs/Männer" oder
248 "für Mädchen/Frauen" einzuordnen ist abzulehnen. In Sonderfällen, in
249 denen ein geschützter Rahmen nötig ist und von Frauen, Inter*- oder
250 Trans*-Gruppen selbst eingefordert wird, sollten geschlechtergetrennte
251 Bildungsangebote ermöglicht werden.

- 252 • dass das Landesinstitut in Hamburg Materialien und Informationen zur
253 Sensibilisierung bezüglich nicht binärer Geschlechter online zur
254 Verfügung stellen soll. Diesbezüglich sollen auch neue, stärker
255 queerfeministische Materialien erstellt werden.

- 256 • die möglichst inklusive Gestaltung von Schulbauten in allen
257 Bildungsinstitutionen im Rahmen des Konzeptes „Universal Design
258 Learning“. So sollen in allen neuen Bauten von Bildungsinstitutionen nur
259 noch genderneutrale Toiletten gebaut sowie bestehende möglichst
260 umgerüstet werden.

- 261 • dass innerhalb des Unterrichts der Medienpädagogik besondere Bedeutung
262 zukommen soll. So soll ein kritischer Medienumgang durch Reflexion der in
263 Medien reproduzierten Rollenbilder, Körperideale und heteronormativen
264 Darstellungen von Beziehungen und Liebe gelernt werden.

- 265 • dass durch eine Sensibilisierung der Lehrer*innen sowie durch die
266 konkrete Festschreibung in den Bildungsplänen eine stärkere
267 Repräsentanz von weiblichen Persönlichkeiten und deren Errungenschaften
268 in allen Unterrichtsfächern geschaffen wird.

- 269 • die Sensibilisierung der Schüler*innen für die Notwendigkeit
270 feministisch-emanzipatorischer Bewegungen in der Geschichte und die
271 umfangreiche Auseinandersetzung mit diesen.

- 272 • dass von der Wissenschafts- und auch der Bildungsbehörde Gutachten in
273 Auftrag gegeben werden, die neue Wissenstände ermöglichen - über die
274 Bildung in Krippen, Kindertagesstätten und Schulen unter Betrachtung von
275 geschlechtsspezifischer Stereotypisierungen in der Erziehung und Betreuung
276 in Hamburg. Infolgedessen sollen konkrete Forderungen, eventuell auch
277 unter der Betrachtung neuer Gutachten, entwickelt werden, um
278 genderneutrale Bildung überall in Hamburg zu leben.

- 279 • eine langfristige sowie aufgestockte, finanzielle und strukturelle
280 Förderung der Gender-Kommission - einer hochschulübergreifenden
281 gemeinsamen Kommission für Frauenstudien, Frauen- und
282 Geschlechterforschung, Gender und Queer Studies.

- 283 • die Aufstockung der Gelder für Frauenförderungsprogramme der
284 verschiedenen Hochschulen.

Begründung

erfolgt mündlich

L4NEU FIT*-RECHTE IM ARBEITSLEBEN

Antragsteller*in:	Arbeitskreis Frauen, Inter* und Trans* und Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum:	05.12.2018
Tagesordnungspunkt:	8. Leitantrag

Antragstext

1 Das Grundgesetz enthält in Artikel 3 das Prinzip, dass alle Menschen vor dem
2 Gesetz gleich (Absatz 1) und Männer und Frauen gleichberechtigt sind (Absatz
3 2). Dem Staat wird ebenso im Artikel 2 aufgetragen, die tatsächliche
4 Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf
5 die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Aus dem Grundgesetz leitet
6 sich also unmittelbar eine Handlungsmaxime ab, die auch nicht mit Verweis auf
7 ein Bundesgesetz eingeschränkt wird.

8 Die UN-Konferenz zu Frauen im Jahr 1995 in Peking hat bereits als strategisches
9 Ziel die „Erleichterung des gleichberechtigten Zugangs von Frauen zu
10 Ressourcen, Beschäftigungsmöglichkeiten, Märkten und zum Handel“
11 festgestellt und ebenso die Staaten und Regierungen, neben anderen Akteur*innen,
12 zum Handeln aufgefordert.

13 Aus diesen beiden Punkten ergibt sich also ganz klar die Zuständigkeit des
14 Staates für die Durchsetzung der Gleichberechtigung. Eine Delegation dieser
15 Verantwortung an die Wirtschaft beziehungsweise „den Markt“ wird dem
16 Handlungsauftrag nicht gerecht. Die Bescheinigung dieser Notwendigkeit zur
17 Besserung kann sogar im zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung
18 (2013-2017) gefunden werden.

19 Gender Gaps

20 Der sogenannte Gender-Pay-Gap beziffert die Verdienstlücke für gleichwertige
21 Arbeit zwischen Frauen und Männern. Das bedeutet, dass Frauen durchschnittlich
22 länger arbeiten müssen als Männer, um das gleiche Geld zu verdienen. Dieser Wert
23 wird jährlich vom Statistischen Bundesamt errechnet und beträgt rund 21%. Aber
24 auch bei der gleichen Arbeit sind es noch unglaubliche 6% Unterschied im Gehalt.

25 Eine Beschränkung auf den Gender-Pay-Gap greift jedoch zu kurz. Denn Frauen sind
26 oft von mehreren Diskriminierungen betroffen, die häufig aus nicht direkt
27 miteinander verwandten Kontexten kommen. Dies sollte im Sinne der
28 Intersektionalität beachtet werden, um genau solche Fälle zu erkennen und eine
29 Verbesserung in der ganzen Breite zu erreichen.
30

31 Als Alternativmodell zur Darstellung des sowohl gesellschaftlichen als auch
32 finanziellen Ungleichgewichts zwischen den Geschlechtern dient beispielsweise
33 der Gender-Lifetime-Earnings-Gap, der untersucht, wie viel Frauen insgesamt über

34 das komplette Leben gerechnet weniger verdienen als Männer.

35 Hinzu kommt, dass Frauen vor allem die sozialen Berufe zugeschrieben werden, die
36 größtenteils im Niedriglohnsektor liegen. Dazu gehören vor allem Jobs in der
37 Kranken- und Altenpflege und der Erziehung. Es ist also zum einen wichtig, das
38 Rollenbild der Frau in ausschließlich sozialen Berufen aufzubrechen. Dazu
39 gehört es, Frauen nicht mehr von klein auf hin zu diesem Spektrum des
40 Arbeitsmarktes zu erziehen. Zum anderen ist es wichtig, die Berufe in der
41 Kranken- und Altenpflege und in der Erziehung so zu entlohnen, wie es für die
42 wertvolle Arbeit, die Menschen in diesen Berufen leisten, angemessen ist. Frauen
43 können anderenfalls leicht in ein finanziell bedingtes,
44 geschlechterhierarchisches Abhängigkeitsverhältnis zur*zum Partner*in oder
45 Familie geraten. Wir brauchen eine Sozialpolitik und gesetzliche Regelungen, die
46 dies verhindern.

47 Diese Mehrfachdiskriminierung, die sich auch in der Hausarbeit widerspiegelt,
48 wird durch den Gender-Care-Gap beschrieben, der angibt, wieviel mehr sogenannte
49 Care-Arbeit Frauen pro Tag im Vergleich zu Männern leisten. Nach aktuellen
50 Zahlen des zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung stecken Frauen
51 täglich zirka 90 Minuten mehr Zeit in unbezahlte Care-Arbeit als Männer. Weder
52 soll die Arbeit das gesamte Leben bestimmen, noch die Karriere durch Sorgearbeit
53 verhindert werden. Dazu ist mehr (finanzielle) Wertschätzung für soziale
54 Berufe und Care-Work überfällig.

55 **Vereinbarkeit von Familie und Karriere**

56 Jede Frau muss die Freiheit haben, ihr Leben nach eigenen Wünschen und
57 Bedürfnissen zu gestalten. Dazu gehört auch das Recht auf Kinderlosigkeit und
58 eine gesellschaftliche Akzeptanz für diese Entscheidung.
59 Viele Frauen übernehmen aber auch noch die klassische Rolle der Hausfrau und
60 Mutter, dennoch sollte dies mit einer beruflichen Karriere vereinbar sein, durch
61 einen erleichterten Wiedereinstieg, eine deutliche Reduktion der
62 Regelarbeitszeit und flexible Arbeitszeitmodelle zu Gunsten der
63 Arbeitnehmer*innen, sowie guter Kinderbetreuungsangebote. Eine der
64 Grundvoraussetzungen für eine Gleichstellung im Arbeitsleben ist eine gute und
65 mit den Arbeitszeiten vereinbare Betreuung von Kindern. Der Rechtsanspruch auf
66 einen Kitaplatz war daher ein erster richtiger Schritt. Allerdings mangelt es
67 vielerorts an qualifiziertem Fachpersonal in ausreichender Zahl, um ein gerade
68 für kleine Kinder gutes Betreuungsniveau und -verhältnis bieten zu können. Eine
69 entsprechend hohe Qualität der Betreuung ist notwendig, damit die Kinder nicht
70 darunter leiden.

71 Im Zuverdiener*innen-Modell arbeitet die Frau zwar weiterhin, allerdings nur in
72 Teilzeit. Eine Rückkehr in Vollzeit nach einer signifikanten Zeit in Teilzeit
73 ist oftmals nicht möglich. Mangels eines Rechtsanspruches sind Frauen (und auch
74 Männer) dem Unternehmen dahingehend machtlos ausgeliefert.

75 Wir fordern, dass ein Rückkehrrecht auf Vollzeit und die Gleichbehandlung von
76 Vollzeit und Teilzeit bei der beruflichen Weiterentwicklung gesetzlich
77 festgeschrieben wird.

78 Bereits seit längerer Zeit gibt es für Eltern die Möglichkeit Elternzeit zu

79 nehmen. Nach Ende der Elternzeit wird das Arbeitsverhältnis fortgesetzt. Dabei
80 besteht aber kein Anspruch auf den exakt gleichen Arbeitsplatz. Immer mehr
81 Männer möchten mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Dennoch wissen zu viele
82 noch nicht von den bereits vorhandenen Möglichkeiten, Elternzeit in Anspruch zu
83 nehmen. Daher ist eine Aufklärungskampagne sinnvoll, um bei Männern die
84 Möglichkeiten der Inanspruchnahme bekannter zu machen.

85 **Diskriminierung und Gewalt im Arbeitsumfeld**

86 Auch in den Unternehmen selbst muss sich noch einiges ändern. Es braucht
87 unbedingt Ansprechpartner*innen, wie beispielsweise Gleichstellungsbeauftragte
88 vor Ort, die bei Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität oder
89 Sexualität Hilfestellung bieten und sich für einen gleichberechtigten Umgang
90 im Betrieb einsetzen. Viele Frauen müssen immer noch sexuelle Übergriffe im
91 Umfeld der Arbeit erleben. Dies ist ein untragbarer Zustand, gegen den
92 konsequenter vorgegangen und bereits präventiv geschult werden muss. Die Folge
93 jeglicher sexueller Gewalt am Arbeitsplatz sollte immer die Kündigung der
94 übergriffigen Person sein. Präventionsmaßnahmen zum Thema sexuelle
95 Belästigung und Übergriffe am Arbeitsplatz und ein konsequenteres Vorgehen
96 gegen diese ist für uns ein dringend erforderlicher Schritt.

97 **Inter*- und Trans*-Personen im Arbeitskontext Schutz und Rechte einräumen**

98 Besonders Inter*- und Trans*-Menschen haben es im Arbeitsleben schwer. Viele von
99 ihnen können über ihre geschlechtliche Identität am Arbeitsplatz nicht
100 sprechen und müssen sie geheim halten, da sie Diskriminierung und Mobbing, wenn
101 nicht sogar einen Verlust des Arbeitsplatzes fürchten müssen. Inter*- und
102 Trans*-Menschen sind nicht durch das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) vor
103 einer Kündigung aufgrund ihres Geschlechtes geschützt. Im Gegensatz kann
104 der*die Arbeitgeber*in sogar eine Geheimhaltung der Geschlechtsidentität als
105 Kündigungsgrund anführen. Wir fordern die Schaffung eines sicheren
106 Arbeitsumfelds für Inter*- und Trans*-Menschen, indem an Arbeitsplätzen mehr
107 Aufklärung geleistet wird und sie durch das AGG gegen Kündigung geschützt
108 werden.

109 Darum fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg:

- 110 • die gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit nach dem Vorbild Islands,
111 ein konsequentes Entgeltgleichheitsgesetz, das diesen Namen auch verdient
112 und eine Kontrolle dessen durch Behörden.
- 113 • eine höhere gesellschaftliche und finanzielle Wertschätzung für soziale
114 und Care-Berufe.
- 115 • zum Abbau von finanziellen Abhängigkeiten einen lückenlosen,
116 existenzsichernden Mindestlohn und die Eindämmung von Minijobs, sowie ein
117 Bedingungsloses Grundeinkommen.
- 118 • einen leichteren Berufswiedereinstieg, flexible Arbeitszeitenmodelle zu
119 Gunsten der Arbeitnehmer*innen, eine deutliche Reduktion der
120 Regelarbeitszeit und gute Kinderbetreuungsangebote.

- 121 • ein Rückkehrrecht auf Vollzeit und eine gesetzliche Festschreibung zur
122 Gleichbehandlung von Vollzeit und Teilzeit bei der beruflichen
123 Weiterentwicklung.

- 124 • rechtliche Regeln, die einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis von
125 Frauen zu ihren Partner*innen oder ihrer Familie entgegenwirken.

- 126 • Gleichstellungsbeauftragte in allen Unternehmen.

- 127 • Präventionsmaßnahmen zum Thema sexuelle Belästigung und Übergriffe am
128 Arbeitsplatz und ein konsequenteres und striktes Vorgehen gegen diese.

- 129 • die Schaffung eines sicheren Arbeitsumfelds für Inter*- und Trans*-
130 Menschen, indem mehr an Arbeitsplätzen darüber aufgeklärt wird und sie
131 durch das AGG gegen Kündigung geschützt werden.

- 132 • eine FIT*-Quote von 50% für Aufsichtsräte, Betriebsräte, Vorstände und
133 sonstige Führungspositionen.

Begründung

erfolgt mündlich

L5 FAMILIENPOLITIK FÜR ALLE

Antragsteller*in:	Arbeitskreis Frauen, Inter* und Trans* und Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum:	05.12.2018
Tagesordnungspunkt:	8. Leitantrag

Antragstext

1 Familienpolitik bezeichnet erst einmal politische Maßnahmen, die Einfluss auf
2 die Lebensführung und den Lebenszusammenhang von Familien nehmen. In der
3 Realität ist der Kreis jedoch viel enger gezogen, da Familienpolitik vor allem
4 für heterosexuelle und monogame Ehen mit Kind/ern gedacht wird.

5 Die Exklusivstellung dieses Familienmodells gehört in die Vergangenheit. Heute
6 sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Familien vielfältig sind, in
7 unterschiedlichsten Modellen zusammenleben und dabei staatlich geschützt und
8 nterstützt werden.

9 Unbezahlte Arbeit von Frauen

10 Wenn man einigen konservativen Vertreter*innen aus der Familienpolitik Glauben
11 schenkt, ist das Idealbild der Familie das Alleinversorger*innen- bzw.
12 Zuarbeitungsmodell. Hierbei ist der Vater für die finanzielle Versorgung der
13 Familie zuständig. Da dies für viele Familien finanziell meist nicht mehr
14 reicht und die Familienpolitik langsam Frauen im Beruf fördert, arbeiten viele
15 Mütter und verdienen dazu. Dies ändert jedoch kaum etwas daran, dass Frauen
16 noch immer hauptsächlich für die häusliche Care Arbeit, also den Haushalt,
17 die Erziehung, die Pflege von Verwandten, usw. zuständig sind. Im Schnitt
18 verbringen Männer 2:08 Stunden am Tag mit unbezahlter Arbeit, Frauen hingegen
19 3:29 Stunden. Das ist mehr als das Anderthalbfache. Wenn Kinder im Haushalt sind
20 erhöht es sich auf das 2,4-fache.

21 Diese sexistische und konservative Aufteilung sollte schon lange nicht mehr zu
22 unserer Realität gehören und schon gar nicht politisch unterstützt werden.

23 Ehe für alle und Familienvertrag

24 Die Ehe für alle war wichtig, um die Benachteiligung von Homosexuellen etwas zu
25 verringern. Da moderne Familienpolitik allerdings wirklich gerecht sein und alle
26 Formen von Familienkonstellationen berücksichtigen und fördern sollte, ist ein
27 weiterer Schritt von Nöten. Familie sollte überall da auch rechtlich gelten,
28 wo füreinander Verantwortung getragen wird. Dies soll in Zukunft nicht mehr
29 durch eine staatliche Ehe bestätigt werden, sondern durch einen
30 Familienvertrag. Dieser beinhaltet alle kindschaftsrechtlichen Fragen, die zum
31 Wohle eines Kindes zu klären sind, und soll die Ehe völlig ersetzen. Für
32 Familien ohne Kinder soll es einen Solidaritätsvertrag geben, der ähnlich der

33 Ehe Grundregeln der Verantwortungsübernahme füreinander regelt.

34 **Smash Ehegattensplitting**

35 Das Ehegattensplitting bevorzugt das Alleinernährer*innen-Modell, bei dem
36 meistens der Mann das gesamte Einkommen des Haushalts verdient und die Frau
37 ausschließlich Sorgearbeit verrichtet, und benachteiligt damit eine
38 gleichmäßige Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit. Daher fordern wir die
39 Abschaffung des Ehegattensplittings für neue Ehen und die Option der
40 Einzelbesteuerung für Bestandsehen. Eine entsprechende Reform der Steuerklassen
41 ist dann ebenso notwendig. Die Steuerklassen III und V könnten wegfallen, da
42 sie die Kombination Alleinverdiener*in und Nicht-Verdiener*in darstellen, also
43 genau die Kombination des Ehegattensplittings.

44 Die Ehe ist rechtlich weit mehr als die Gemeinschaft von zwei sich liebenden
45 Menschen. Rechtlich ist vor allem die Eigentumsfrage interessant, also wem
46 Vermögen (vor der Ehe bestehend oder während der Ehe erworben) gehört. Die
47 rechtliche Regelung zur Eigentumsfrage nennt sich Ehegüterstand. Der
48 standardmäßige Ehegüterstand in Deutschland ist die Zugewinnngemeinschaft.
49 Dabei behalten Eheleute ihr eingebrachtes Vermögen. Hinzugekommenes Vermögen
50 während der Ehe bleibt während der Ehe im Besitz der einzelnen Personen und
51 wird erst bei einer Scheidung ausgeglichen. Bei dem Modell der
52 Errungenschaftsgemeinschaft behalten die Eheleute ebenfalls ihre eingebrachten
53 Vermögen. Jegliches erworbene Vermögen während der Ehe gehört jedoch den
54 Eheleuten gemeinsam. Wir sind der Auffassung, dass die
55 Errungenschaftsgemeinschaft, wie sie beispielsweise in der BRD bis 1958 als
56 Option zur Verfügung stand und in der DDR der Standardfall war, wieder
57 eingeführt und zudem der Standardfall werden sollte.

58 **Reproduktionsmedizinische Maßnahmen und Adoptionsrecht**

59 Das Adoptionsrecht stellt trotz "Ehe für Alle" noch eine große Benachteiligung
60 für gleichgeschlechtliche Paare dar, da bisher gesetzlich nur Mutter und Vater
61 und nicht allgemein Eltern vorgesehen sind. Zum Beispiel gilt aktuell die Person
62 als Mutter, die das Kind zur Welt bringt, und nicht die, die biologisch mit dem
63 Kind verwandt ist. Diese Benachteiligung und die veralteten Regelungen unter
64 anderem im Bundesgesetzbuch (BGB) müssen dringend erneuert und der Realität
65 angepasst werden. Genauso müssen alle Menschen mit Kinderwunsch dem bisher
66 vorgesehenen heterosexuellen Paar gleichgestellt werden, was
67 reproduktionsmedizinische Maßnahmen angeht.

68 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert:

- 69 • das Ersetzen der Ehe durch einen Familien- beziehungsweise
70 Solidaritätsvertrag.
- 71 • die Abschaffung des Ehegattensplittings.
- 72 • die Öffnung des Adoptionsrechts für alle Partner*innenschaftsmodelle.

- 73 • dass reproduktionsmedizinische Maßnahmen für alle Menschen gleich
74 zugänglich sind, ohne dass Einzelne diskriminiert werden.

Begründung

erfolgt mündlich

L5NEU FAMILIENPOLITIK FÜR ALLE

Antragsteller*in:	Arbeitskreis Frauen, Inter* und Trans* und Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum:	05.12.2018
Tagesordnungspunkt:	8. Leitantrag

Antragstext

1 Familienpolitik bezeichnet erst einmal politische Maßnahmen, die Einfluss auf
2 die Lebensführung und den Lebenszusammenhang von Familien nehmen. In der
3 Realität ist der Kreis jedoch viel enger gezogen, da Familienpolitik vor allem
4 für heterosexuelle und monogame Ehen mit Kind/ern gedacht wird.

5 Die Exklusivstellung dieses Familienmodells gehört in die Vergangenheit. Heute
6 sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Familien vielfältig sind, in
7 unterschiedlichsten Modellen zusammenleben und dabei staatlich geschützt und
8 nterstützt werden.

9 Unbezahlte Arbeit von Frauen**10 Konservative und Neoliberale Familienbilder**

11 Wenn man einigen konservativen Vertreter*innen aus der Familienpolitik Glauben
12 schenkt, ist das Idealbild der Familie das Alleinversorger*innen- bzw.
13 Zuarbeitungsmodell, wie es in der frühen Bundesrepublik vorherrschendes
14 Beziehungs- bzw. Familienmodell war: der männliche "Familienernährer" und die
15 weibliche "Haushaltsdame" bilden eine arbeitsteilige Kleinfamilie. Dabei war
16 durch das relativ hohe Lohnniveau sichergestellt, dass die durch Frauen
17 verrichtete, unbezahlte Care-Arbeit - also Haushalt, die Erziehung, die Pflege
18 von Verwandten, usw. - über den Lohn des "Familienernährers" mitbezahlt war -
19 finanzielle Abhängigkeit natürlich inklusive.

20
21 Die nach und nach erkämpfte Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen löste diesen
22 Widerspruch einseitig auf - durch das "Doppelverdiener[*innen]modell". Statt
23 jeweils einer vollen Stelle in Lohn- und Care-Arbeit gibt es jetzt die
24 gesellschaftliche Idealvorstellung, dass es zwei volle Lohnarbeitsstellen gibt,
25 die nach wie vor unbezahlte Care-Arbeit wird an den Rand gedrängt und damit
26 massiv prekariert. Dies hat gravierende Folgen.

27
28 Zum einen konnte die Gleichstellung auch bei Lohn- und Carearbeit nie
29 vollständig realisiert werden. So sind Frauen in viel größerem Umfang von
30 prekären Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere Minijobs und Teilzeit,
31 betroffen als Männer. Umgekehrt leisten sie weiterhin einen Großteil der
32 Haushalts- und Sorgearbeit. Im Schnitt verbringen Männer 2:08 Stunden am Tag mit
33 unbezahlter Arbeit, Frauen hingegen 3:29 Stunden. Das ist mehr als das
34 Anderthalbfache. Wenn Kinder im Haushalt sind erhöht es sich auf das 2,4-fache.

35

36 Die Prekarisierung der unbezahlten Care-Arbeit führt andererseits real auch
37 dazu, dass die Entscheidung für Kinder beeinflusst wird. Echte Wahlfreiheit
38 setzt voraus, dass ein Kind keine massiven Einschränkungen der eigenen
39 Freiheiten und Lebensgestaltungsmöglichkeiten bedeutet.

40
41 Die Prekarisierung zu verhindern, bedeutet, die Care-Arbeit aus ihrer
42 Randstellung herauszubekommen. Der sexistischen und konservative Vorstellung,
43 die Frauen dafür zurück in den Haushalt zu drängen, wie die CSU es durch die
44 "Herdprämie" betreibt, erteilen wir dabei eine Absage. Hauptsächlich ist deshalb
45 eine Reduktion der Regelarbeitszeit notwendig. Weder soll die Arbeit das gesamte
46 Leben bestimmen und die Wahlfreiheit einschränken, noch die eigene
47 Entfaltungsmöglichkeiten durch Sorgearbeit verhindert werden.

48 .

49 **Ehe für alle und Familienvertrag**

50 Die Ehe für alle war wichtig, um die Benachteiligung von Homosexuellen etwas zu
51 verringern. Da moderne Familienpolitik allerdings wirklich gerecht sein und alle
52 Formen von Familienkonstellationen berücksichtigen und fördern sollte, ist ein
53 weiterer Schritt von Nöten. Familie sollte überall da auch rechtlich gelten,
54 wo füreinander Verantwortung getragen wird. Dies soll in Zukunft nicht mehr
55 durch eine staatliche Ehe bestätigt werden, sondern durch einen
56 Familienvertrag. Dieser beinhaltet alle kindschaftsrechtlichen Fragen, die zum
57 Wohle eines Kindes zu klären sind, und soll die Ehe völlig ersetzen. Für
58 Familien ohne Kinder soll es einen Solidaritätsvertrag geben, der ähnlich der
59 Ehe Grundregeln der Verantwortungsübernahme füreinander regelt.

60 **Smash Ehegattensplitting**

61 Das Ehegattensplitting bevorzugt das Alleinernährer*innen-Modell, bei dem
62 meistens der Mann das gesamte Einkommen des Haushalts verdient und die Frau
63 ausschließlich Sorgearbeit verrichtet, und benachteiligt damit eine
64 gleichmäßige Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit. Daher fordern wir die
65 Abschaffung des Ehegattensplittings für neue Ehen und die Option der
66 Einzelbesteuerung für Bestandsehen. Eine entsprechende Reform der Steuerklassen
67 ist dann ebenso notwendig. Die Steuerklassen III und V könnten wegfallen, da
68 sie die Kombination Alleinverdiener*in und Nicht-Verdiener*in darstellen, also
69 genau die Kombination des Ehegattensplittings.

70 Die Ehe ist rechtlich weit mehr als die Gemeinschaft von zwei sich liebenden
71 Menschen. Rechtlich ist vor allem die Eigentumsfrage interessant, also wem
72 Vermögen (vor der Ehe bestehend oder während der Ehe erworben) gehört. Die
73 rechtliche Regelung zur Eigentumsfrage nennt sich Ehegüterstand. Der
74 standardmäßige Ehegüterstand in Deutschland ist die Zugewinnngemeinschaft.
75 Dabei behalten Eheleute ihr eingebrachtes Vermögen. Hinzugekommenes Vermögen
76 während der Ehe bleibt während der Ehe im Besitz der einzelnen Personen und
77 wird erst bei einer Scheidung ausgeglichen. Bei dem Modell der
78 Errungenschaftsgemeinschaft behalten die Eheleute ebenfalls ihre eingebrachten
79 Vermögen. Jegliches erworbene Vermögen während der Ehe gehört jedoch den
80 Eheleuten gemeinsam. Wir sind der Auffassung, dass die
81 Errungenschaftsgemeinschaft, wie sie beispielsweise in der BRD bis 1958 als
82 Option zur Verfügung stand und in der DDR der Standardfall war, wieder

83 eingeführt und zudem der Standardfall werden sollte.

84 **Reproduktionsmedizinische Maßnahmen und Adoptionsrecht**

85 Das Adoptionsrecht stellt trotz "Ehe für Alle" noch eine große Benachteiligung
86 für gleichgeschlechtliche Paare dar, da bisher gesetzlich nur Mutter und Vater
87 und nicht allgemein Eltern vorgesehen sind. Zum Beispiel gilt aktuell die Person
88 als Mutter, die das Kind zur Welt bringt, und nicht die, die biologisch mit dem
89 Kind verwandt ist. Diese Benachteiligung und die veralteten Regelungen unter
90 anderem im Bundesgesetzbuch (BGB) müssen dringend erneuert und der Realität
91 angepasst werden. Genauso müssen alle Menschen mit Kinderwunsch dem bisher
92 vorgesehenen heterosexuellen Paar gleichgestellt werden, was
93 reproduktionsmedizinische Maßnahmen angeht.

94 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert:

- 95 • das Ersetzen der Ehe durch einen Familien- beziehungsweise
96 Solidaritätsvertrag.
- 97 • die Abschaffung des Ehegattensplittings.
- 98 • die Öffnung des Adoptionsrechts für alle Partner*innenschaftsmodelle.
- 99 • dass reproduktionsmedizinische Maßnahmen für alle Menschen gleich
100 zugänglich sind, ohne dass Einzelne diskriminiert werden.

Begründung

erfolgt mündlich

L6 QUEERFEMINISTISCHE NETZPOLITIK

Antragsteller*in:	Arbeitskreis Frauen, Inter* und Trans* und Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum:	05.12.2018
Tagesordnungspunkt:	8. Leitantrag

Antragstext

1 Das Internet hat durch seine dezentrale Struktur prinzipiell ein großes
2 demokratieförderndes Potential. Dieses kann der (Queer-)Feminismus für sich
3 nutzen ("Netzfeminismus"): Es kann eine global vernetzte, selbstorganisierte
4 Community von Feminist*innen entstehen, die offenes Wissen und offene Daten zu
5 queerfeministischen Belangen sammeln und dazu nutzen, Transparenz und
6 Öffentlichkeit herzustellen. "Feministisches, also macht- und
7 herrschaftskritisches Wissen ist dann nicht länger auf große kommerzielle
8 Verlage angewiesen". Ein erfolgreiches Beispiel für ein solches kollektives
9 Erzeugen von Öffentlichkeit ist der Hashtag [#MeToo](#).

10 Ein freies Internet, das solche Bewegungen fördert und vor staatlichen,
11 kommerziellen oder anderen Herrschaftsansprüchen schützt, muss durch rechtliche
12 Rahmenbedingungen geschützt werden. So ist zu beobachten, wie durch die
13 Kommerzialisierung, insbesondere durch die Konzentration von Inhalten und
14 Nutzung auf einige wenige private Plattformen, bestehende gesellschaftliche
15 Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie Diskriminierungsstrukturen ins Internet
16 fortgesetzt und verstärkt werden. Daher sind einige Gefahren besonders zu
17 beachten.

18 Überwachung

19 Besonders die Persönlichkeitsrechte von marginalisierten Gruppen werden durch
20 den Einsatz von Überwachungstechnologien gefährdet, denn diese kategorisieren
21 Menschen anhand von Aussehen, Verhalten und Ähnlichem, wodurch gesellschaftliche
22 Normen manifestiert und diejenigen Personen benachteiligt werden, die nicht
23 eindeutig privilegierten Kategorien zugeordnet werden. Zudem werden biometrische
24 Verfahren, die teilweise für weiße Männerkörper ohne Behinderung optimiert sind,
25 in der staatlichen Überwachung eingesetzt. Diese Verfahren werden zusätzlich als
26 Hilfsmittel für die kommerzielle Datensammlung eingesetzt - zum Beispiel bei
27 Selbstquantifizierungs-Angeboten - was dazu beiträgt, aus Nutzer*innendaten
28 biometrische Normen zu konstruieren.

29 Algorithmische Diskriminierung

30 Unser digitalisiertes Lebensumfeld wird in einem hohen und zunehmenden Maße
31 durch maschinelle Entscheidungen gestaltet und ist somit durch die
32 zugrundeliegenden Algorithmen bestimmt. Sie haben häufig diskriminierende
33 Auswirkungen, da die Diversität der Nutzer*innenschaft nicht adäquat bei der

34 Entwicklung berücksichtigt wird. Verschärft wird dieses Problem durch
35 Algorithmen, die auf maschinellem Lernen basieren. Diese treffen Entscheidungen
36 oder Vorhersagen, ohne dass ein Algorithmus explizit programmiert würde, sondern
37 auf Grundlage von umfangreichen Trainingsdaten. Diese Datensätze repräsentieren
38 bestehende Diskriminierungsstrukturen, die durch die Art und Weise der
39 Datenerhebung (zum Beispiel mangelnde Repräsentanz von Vielfalt) und -analyse
40 (zum Beispiel Kategorisierung) verstärkt werden. Als objektiv empfundene
41 algorithmische Entscheidungen erzeugen und verstärken somit
42 Diskriminierungseffekte, die realweltliche Folgen auf individueller und
43 gesellschaftlicher Ebene haben.

44 **Digitale Gewalt**

45 Gerade sexuelle Gewalt lässt sich nicht nur auf körperlicher oder verbaler Ebene
46 wiederfinden. Psychische Gewalt wie Mobbing oder Hate Speech in den sozialen
47 Medien sind zusätzlich ein akutes Problem. In sozialen Netzwerken kann Gewalt
48 unkontrolliert und anonym entladen werden. Bei Beleidigungen, Anfeindungen und
49 Drohungen wird fast nie reagiert oder eingeschritten. Nicht nur Frauen und
50 queere Menschen sind von Attacken betroffen, auch Menschen, die sich für Frauen-
51 oder queere Rechte einsetzen sind Zielscheibe von Gewalt.

52 Der Hashtag [#metoo](#), der etliche sexuelle Missbräuche öffentlich macht und
53 zahllose Beispiele für sexuelle Gewalt aufzeigt, macht deutlich, wie groß die
54 Dimension von frauen- und queerfeindlichem Verhalten ist. Das Problem wurde noch
55 lange nicht als so umfassend verstanden, wie es sich gesellschaftlich beobachten
56 lässt. Hashtags wie [#notallmen](#) untermauern, wie wenig Bereitschaft für Reflexion
57 und Reaktion vor allem unter Männern vorhanden ist.

58 Sexismus ist ein alltägliches Phänomen, das von einer breiten Masse getragen
59 wird. Um für diese Thematik zu sensibilisieren, bedarf es unter anderem
60 umfassender Bildungs- und Präventionsarbeit sowie Aufklärungen. Die
61 Bagatellisierung von sexueller Gewalt lässt sich auch in den Medien
62 wiederfinden. Es ist nicht nur auffällig, wie selten von Angriffen gegenüber
63 Frauen und queeren Menschen berichtet wird, auch die Art und Weise der
64 Berichterstattung ist verharmlosend. Statt Täter*innen aktiv anzuschuldigen wird
65 durch passive Schreibstile die Opferrolle der Frauen verstärkt oder gar das
66 Gefühl vermittelt, die Opfer trügen die Schuld für die Übergriffe. Auch im
67 öffentlichen Sprachgebrauch werden Vergewaltigungen und Angriffe auf Frauen
68 durch Phänomene wie "victim blaming" (Opferbeschuldigung) oder "slut shaming"
69 (Bezeichnung als Schlampe) legitimiert. Es muss klar gestellt werden, dass es
70 dafür keine Legitimation oder Rechtfertigung geben kann, auch solche
71 Vergewaltigungsmythen zu dekonstruieren, muss Teil der Präventionsarbeit sein.

72 Dies sind folglich die drängendsten Herausforderungen, die wir mit einer
73 queerfeministischen Netzpolitik beantworten müssen, um die Regulierung digitaler
74 Technologien und die Gestaltung des Internets als sozialen Raum aus explizit
75 queerfeministischer und intersektionaler Perspektive kritisch voranzutreiben.
76 Die Kernbereiche dieser queerfeministischen Netzpolitik müssen insbesondere den
77 Zugang zum Internet, den Zugang zu Inhalten sowie Eigentumsrechte, Datenschutz &
78 Privatsphäre und digitale Öffentlichkeit & Kommunikationskultur umfassen.

79 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert demnach:

- 80 • die drastische Einschränkung der staatlichen und privaten
81 Überwachungsmaßnahmen, sowohl on- als auch offline.
- 82 • die konsequente Rechtsdurchsetzung gegen Gewalttäter*innen im Netz.
- 83 • die Schaffung eines effektiven Rechts gegen Diskriminierung und digitale
84 Gewalt.
- 85 • die Erweiterung der Möglichkeiten zur kollektiven Rechtsmobilisierung
86 (Verbandsklage, Musterverfahren, Sammelklagen und Beistandschaft) für
87 Antidiskriminierungsverbände und deren Gleichstellung mit
88 Verbraucher*innenschutzverbänden.
- 89 • die Entwicklung einer umfassenden Strategie für algorithmische Transparenz
90 und Diskriminierungsfreiheit und deren rechtliche und institutionelle
91 Umsetzung.

Begründung

erfolgt mündlich

L7NEU ARBEITSAUFTRAG FÜR DIE GRÜNE JUGEND HAMBURG

Antragsteller*in:	Arbeitskreis Frauen, Inter* und Trans* und Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum:	05.12.2018
Tagesordnungspunkt:	8. Leitantrag

Antragstext

1 Alle Leitanträge zur Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Hamburg im
 2 Dezember 2018 fordern neben Einzelkämpfen des (Queer-)Feminismus (wie die
 3 politische Partizipation von FIT*-Personen, die Auflösung des binären
 4 Geschlechtersystems in allen Belangen oder die sexuelle Selbstbestimmung und
 5 Enttabuisierung von Sex) auch viele themenübergreifende queerfeministische
 6 Revolutionen.

7 "We are here! And we are queer!" und alle folgenden Leitanträge beschäftigen
 8 sich mit Bildung, dem Arbeitsrecht, Kriminalität, Bagatellisierung, Familie in
 9 der Gesellschaft, dem Gesundheitswesen und vielen anderen politischen
 10 Handlungsbereichen, die alle aus der queerfeministischen Perspektive betrachtet
 11 werden müssen.

12 Denn, wie schon Jan Hedde 2016 in einem SPIEGEL ONLINE-Artikel verfasste: „Die
 13 Verwendung von queer ist nicht mehr nur Abweichung von der Norm, sondern schon
 14 Infragestellung der Norm an sich.“ Und die Norm ist, gegen was wir kämpfen.

15 Daraus muss sich eine Handlungsmaxime für den Landesverband der GRÜNEN JUGEND
 16 Hamburg ableiten. Wir wollen mit unseren queerfeministischen Ansätzen nicht nur
 17 in den internen Gesprächskreisen bleiben.

18 1. Einwirken in die GRÜNEN

19 Die GRÜNE JUGEND Hamburg muss weiterhin stachelig gegenüber ihrer Mutterpartei
 20 bleiben. In deren Satzung sind derzeit noch keine klar *queerfeministischen*
 21 Forderungen und Strukturen enthalten. Viele der feministischen Forderungen sind
 22 Relikte aus den 70er Jahren und in den Genderstudies längst überholt.

23 Dementsprechend ist es unsere Aufgabe, unsere Beschlüsse und Forderungen, die
 24 auf dieser Mitgliederversammlung beschlossen wurden, an Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 25 Hamburg weiterzutragen und uns so bald wie möglich mit einem umfassenden Antrag
 26 in die GRÜNE Landesmitgliederversammlung einzubringen.

27 Die GRÜNE JUGEND Hamburg möge beschließen:

- 28 • alle beschlossenen queerfeministischen Forderungen, die derzeit nicht in

29 den Statuten und Beschlüssen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg
30 enthalten sind, in die kommenden Landesmitgliederversammlungen
31 einzubringen.

32 • die Umsetzung vom Frauen-Statut stets mit kritischem Auge zu beobachten
33 und Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hamburg darauf hinzuweisen, wenn sie sich fern
34 ihrer eigenen Beschlusslage verhalten.

35 • gegebenenfalls gegen kundgetane Verfehlungen der Weisung ins
36 Schiedsgericht zu ziehen, um die Parität wieder herzustellen.

37 • sich in der LAG Queer und der LAG Frauen mit ihren queerfeministischen
38 Forderungen einzubringen und die Politik von Bündnis 90/DIE GRÜNEN
39 maßgeblich zugunsten des Queerfeminismus zu beeinflussen.

40 • sich im Regierungsprogrammprozess regelmäßig dazu zu äußern und sich
41 mit Änderungsanträgen dazu einbringen, wie man Queerfeminismus als
42 Querschnittsthema in anderen politischen Sachverhalten platziert.

43 **2. Mitarbeit in Bündnissen**

44 Auch ist es wichtig, dass die GRÜNE JUGEND Hamburg in queerfeministischen
45 Bündnissen aktiv wird, um die Vernetzung zu Mitstreitenden zu gewährleisten
46 und sich mit den Strömungen weiterzuentwickeln.

47 Im speziellen möge die GRÜNE JUGEND Hamburg an dieser Stelle beschließen, dem
48 Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Hamburg beizutreten.

49 Der Arbeitskreis Frauen, Inter- und Trans*personen/Queerfeminismus wird
50 beauftragt, sich mit dem Frauen*streikbündnis zu befassen und gegebenenfalls zur
51 nächsten LMV einen Antrag zum Beitritt in das Bündnis zu stellen.

52 **3. Eigene politische Kämpfe**

53 Der Queerfeminismus darf nicht bloß eine Worthülse und Debattenaufhänger
54 sein: In jeder Phase unseres politischen Engagements muss der Queerfeminismus
55 Einzug finden. Das bedeutet konkret, dass die GRÜNE JUGEND Hamburg allen
56 Beschlusslagen der Bundesebene folgt und das eigene FIT*-Statut (siehe Satzung)
57 in jeder Veranstaltung zu respektieren hat.

58 Die GRÜNE JUGEND Hamburg ist der Auffassung, dass Queerfeminismus ein
59 Querschnittsthema ist, das in allen politischen Kämpfen, Beschlüssen und
60 Handlungsanweisungen eine Rolle spielen sollte. In den folgenden Unterpunkten
61 sind erste thematische Überschneidungen genannt, die die GRÜNE JUGEND Hamburg
62 als Anhaltspunkte für kommende Beschlusslagen verwenden kann.

63 **3.1. Klima- und Verkehrspolitik**

64 Der Klimawandel wird allzu oft vorrangig als naturwissenschaftliches und

65 technisches Problem betrachtet – längst hat er jedoch direkte Auswirkungen
66 auf die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen
67 Menschen leben.

68 Frauen, Inter*- und Trans*-Personen sind überproportional stark von den Folgen
69 des Klimawandels betroffen. Sozial konstruierte Geschlechternormen und
70 Machtverhältnisse prägen die rechtliche und finanzielle Situation, in der
71 Menschen leben und damit ihre Möglichkeiten, sich vor den Auswirkungen des
72 Klimawandels zu schützen oder sich ihnen anzupassen. Die Mehrheit der in Armut
73 lebenden Menschen weltweit sind Frauen, die aufgrund ihrer geringen finanziellen
74 Mittel und oft prekären Lebensverhältnisse eine besonders vulnerable Gruppe
75 darstellen.

76 Bestehende Geschlechterungerechtigkeiten werden durch die Auswirkungen des
77 Klimawandels verstärkt. So tragen insbesondere im Globalen Süden Frauen die
78 Hauptlast, wenn es um die Versorgung der Familie mit Nahrung und Wasser, die
79 Landwirtschaft zu Selbstversorgungszwecken, das Betreuen von Kindern und Alten
80 sowie die Verrichtung von Arbeiten im Haushalt geht. Insbesondere, wenn Männer
81 aufgrund von schwierigen klimatischen Bedingungen die Familien auf der Suche
82 nach Lohnarbeit verlassen müssen, kommt den oft zurückbleibenden Frauen eine
83 zentrale Bedeutung zu. Sie übernehmen in diesem Fall weitere Aufgaben, die
84 sonst in der Verantwortung der Männer lagen, ohne jedoch mit den gleichen
85 finanziellen, sozialen und rechtlichen Ressourcen ausgestattet zu sein.

86 In der internationalen und nationalen Klimapolitik sowie in den zur Umsetzung
87 von klimawirksamen Maßnahmen relevanten Bereichen, wie dem Energiesektor, der
88 Forstwirtschaft, der Landwirtschaft, der Verkehrsplanung oder der Wissenschaft
89 sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Insbesondere, wenn es um
90 Führungspositionen und wichtige Entscheidungen geht, sind diese Bereiche nach
91 wie vor patriarchal geprägt. Hierdurch werden die Belange von Frauen bei
92 Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels beziehungsweise zum Umgang mit
93 dessen Folgen nicht ausreichend berücksichtigt und ihr Wissen zu wenig genutzt.
94 Durch die Berücksichtigung von Genderaspekten können klimapolitische
95 Maßnahmen effektiver werden und gleichzeitig zu mehr Geschlechtergerechtigkeit
96 beitragen.

97 Der umfassende Ausbau eines emissionsfreien öffentlichen Personennahverkehrs
98 (ÖPNV) ist ein Beispiel für eine solche Maßnahme: Ein gut ausgebauter ÖPNV
99 fördert die Mobilität und damit die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen, da
100 diese im Vergleich zu Männern häufiger kein eigenes Auto besitzen und dennoch
101 eher vor überfüllten Bussen und Bahnen zurückschrecken, um nicht im Gedränge
102 belästigt zu werden. Auch die Wege, welche Frauen mit dem ÖPNV zurücklegen
103 müssen, sind oft komplexer, da von vielen Frauen nach wie vor erwartet wird,
104 neben der Arbeit auch für die Familie und den Haushalt zu sorgen. Männer
105 verursachen mit ihrem intensiveren Reiseverhalten und der regelmäßigeren
106 Nutzung eines Autos deutlich höhere CO₂-Emissionen als Frauen. Eine
107 Verkehrsplanung, die nicht mehr den motorisierten Individualverkehr ins Zentrum
108 rückt, sondern auf einen emissionsfreien, gut ausgebauten ÖPNV,
109 Fahrradinfrastruktur und Fußgänger*innenfreundlichkeit setzt, ist somit sowohl
110 aus feministischer, wie auch klimapolitischer Perspektive sinnvoll.

111 **3.2. gegen Rechts (Intersektionalität)**

112 Intersektionalität beschreibt die Überschneidung von verschiedenen
113 Diskriminierungsformen in einer Person. Intersektionelle Diskriminierung liegt
114 vor, wenn eine Person aufgrund verschiedener zusammenwirkender
115 Persönlichkeitsmerkmale Opfer von Diskriminierung wird. Gerade in jüngster
116 Vergangenheit werden gerade ausländische Frauen immer wieder Opfer von
117 intersektioneller Diskriminierung, wenn zum Beispiel Muslima das Tragen des
118 Kopftuchs im öffentlichen Dienst abgesprochen wird. Auch queere Geflüchtete
119 finden oft keinen Rückhalt in ihrer Umgebung. Hier fehlen klare
120 Ansprachegremien, Regelungen und Unterstützungsprogramme.

121 In der Auseinandersetzung mit dem Kampf gegen Nationalismus, Patriotismus,
122 Klassismus, Antisemitismus und Ableismus und Rassismus fordert die GRÜNE JUGEND
123 Hamburg das konsequente Mitdenken der eigenen queerfeministischen Ideale.

124 **3.3. feministische Kapitalismuskritik**

125 In Hamburg wurde mit dem Gleichstellungsgesetz von 2014 bereits vieles normativ
126 für den öffentlichen Dienst vorgeschrieben, so zum Beispiel das Rückkehrrecht
127 auf Vollzeit und die Gleichbehandlung von Teilzeit und Vollzeit bei
128 Beförderungen. Es fehlt jedoch weiterhin der private Sektor, bei dem sich die
129 Politik (Bund und Hamburg) bisher mehrheitlich weigert, verpflichtende
130 Regelungen einzuführen.

131 Jegliche Care-Arbeiten, ob im Pflegesektor, in Kindergärten oder im Privaten
132 werden nach wie vor mehrheitlich von Frauen übernommen und schlecht bis gar
133 nicht vergütet. Das muss sich ändern. Das bedeutet sowohl die Lohnerhöhung von
134 Arbeitnehmer*innen im Care-Sektor, eine umfassende Reduktion der
135 Regelarbeitszeit als auch das grundsätzliche Überdenken jeglicher privater Care-
136 Arbeit, die auch als Arbeit anerkannt gehört und dementsprechend wertgeschätzt
137 und vergütet werden muss.

138 Die GRÜNE JUGEND Hamburg ist davon überzeugt, dass auch die eigene
139 Kapitalismuskritik nicht ohne Queerfeminismus zu denken ist.

140 **3.4. Schönheitsideal, Werbung und Vermarktung von "Weiblichkeit"**

141 Der Produktemarkt für Frauen und Mädchen boomt. Von sexistischer und
142 geschlechts-spezifischer Werbung sieht kaum noch ein Unternehmen konsequent ab.
143 Dies reproduziert ein Frauenbild, das sich auf Oberflächlichkeit, Pinkes und
144 Emotionales beschränkt. Um diese Genderstereotype endlich zu überwinden, fordern
145 wir diese Art der Werbung zu verbieten. Auch muss es mehr Bildungsarbeit und
146 Aufklärung bezüglich des gefährlichen Schönheitsideals für Frauen und Mädchen
147 geben. Es kann nicht sein, dass die Medien nach wie vor unreflektiert 90-60-90
148 als ideale Maße, niemals alternde Haut als normal und mikroplastik-enthaltende
149 Make-Up-Produkte als ungefährlich verkaufen und dieses fehlgeleitete
150 Schönheitsideal gerade jungen Menschen gegenüber unreflektiert stehen gelassen
151 wird. Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert einerseits festgeschriebene
152 Bildungsveranstaltungen in Schulen ab der 5. Klasse und andererseits
153 Warnhinweise auf Kosmetik- und Diät-Produkten, dass diese Teile kapitalistischer
154 Wirtschaftslogik sind, die Körper und Geist schaden können.

155 3.5. Europa

156 Europa wird häufig als Vorbild in Sachen Emanzipation und Gleichberechtigung
157 angeführt. Und auch wenn Europa anderen Erdteilen relativ gesehen in dieser
158 Hinsicht vielleicht voraus zu sein scheint, gibt es auch hier noch viel zu tun
159 bis eine echte Gleichberechtigung erreicht ist und Geschlechter keine Rolle mehr
160 spielen.

161 Europaweit müssen Queerfeminist*innen zusammenhalten. Gleiche Rechte dürfen
162 keine nationale Angelegenheit sein, sondern müssen international erstritten
163 werden.

164 Nur drei Länder sind durch mehr Frauen als Männer im Europäischen Parlament
165 vertreten, nur eine Fraktion hat einen Frauenanteil über 50% und nur neun
166 Kommissionsmitglieder sind weiblich. Als queerfeministische Kraft müssen die
167 GRÜNEN im Europaparlament vorangehen und nicht nur in ihrer eigenen Fraktion,
168 sondern auch für den Rest des Parlaments eine FIT*-Quote fordern, um eine
169 weitsichtige Politik zu ermöglichen.

170 Aber nicht nur innerhalb der EU muss Frauenförderung betrieben und für gleiche
171 Rechte gekämpft werden. Die EU muss sich auch außerhalb dafür einsetzen, vor
172 allem LGBTQIA*s zu schützen und ihnen ein Leben zu ermöglichen, in dem sie die
173 gleichen Rechte haben wie alle anderen. Dafür müssen mindestens alle LGBTQIA*-
174 Flüchtende unbeschränkt Asyl in der EU bekommen, denn es ist davon auszugehen,
175 dass sie überall auf der Welt diskriminiert und verfolgt werden.

176 3.6. Kultur

177 Selbst im allgemein eher weiblich besetzten Sektor der Kultur gibt es noch
178 Handlungsbedarf. Viel zu häufig findet man gerade auf den höchsten Positionen
179 in Stadt- und Staatstheatern, -Opern, -Museen und -Konzerthallen hauptsächlich
180 Männer. Die konsequente paritätische Quotierung in der Führungsebene in
181 staatlich geförderten kulturellen Einrichtungen ist ein Muss für eine
182 lebendige, innovative Kulturszene. Auch sollte sie sich explizit mit der
183 Aufarbeitung der Geschichte von Frauen in Kunst und Kultur beschäftigen und in
184 diesem Zusammenhang auf Schief lagen der Vergangenheit und Gegenwart aufmerksam
185 machen. Diesbezüglich fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg Fördergelder für
186 Kulturprojekte zum Thema Queer- und Frauenpolitik und möchte die Soziokultur
187 stärken. Hier können gerade junge Frauen, Inter*- und Trans*-Personen ihr
188 Selbstbewusstsein durch Bühnenerfahrung stärken. Ein solch zugängliches
189 Mittel, das die fortschreitende Emanzipation unterstützen kann, braucht mehr
190 Subvention und Möglichkeit zur Weiterentwicklung.

191 3.7. Gesundheitspolitik

192 Auch wenn die Medizin auf der einen Seite durch immer mehr Ärztinnen weiblicher
193 wird, so wird bei der Behandlung von Patient*innen immer noch der Mann als
194 Maßstab aller Dinge gesehen. Andere Symptomaten von Krankheiten bei Frauen
195 werden als Abweichungen von der Norm angesehen, Studien für beispielsweise
196 Medikamentenzulassungen überwiegend an Cis-Männern durchgeführt und deren
197 Ergebnisse nicht geschlechtsspezifisch untersucht. Die Forschung und Lehre muss

198 in Zukunft für diese Problematik sensibilisiert, Strukturen an den
199 Universitäten geschaffen werden, um Forschung zur Gendermedizin zu ermöglichen
200 und deren Ergebnisse in die Ausbildung von Ärzt*innen einfließen.

201 Ein weiteres zentrales Thema der Gesundheit von Frauen ist, dass sich alle
202 Menschen vor Krankheiten schützen können und selbst entscheiden, ob und wann sie
203 Kinder bekommen möchten. Insbesondere Frauen haben das Recht, informiert zu
204 werden und Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen
205 Familienplanungsmethoden ihrer Wahl, sowie zu anderen Methoden ihrer Wahl zur
206 Regulierung der Fruchtbarkeit zu haben, die nicht gegen die rechtlichen
207 Bestimmungen verstoßen. Daher ist es unerlässlich, dass Verhütungsmittel immer
208 und überall umsonst sind. Nicht nur die Kosten für hormonelle Verhütungsmittel,
209 sondern auch Barrieremethoden (Diaphragma, Kondom, Dental Dam etcetera) müssen
210 übernommen werden, damit die Wahlfreiheit gewahrt wird, die Verantwortung der
211 Schwangerschaftsverhütung nicht einseitig auf die Frau abgewälzt wird und nicht
212 zuletzt auch, damit nicht nur Schwangerschaften, sondern auch Krankheiten
213 verhütet werden können.
214 Außerdem ist es unerlässlich, dass Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert
215 werden. Dazu gehört die Erarbeitung einer neuen Regelung für
216 Schwangerschaftsabbrüche und die Abschaffung des Paragraphen §219a im
217 Strafgesetzbuch.

218 **4. Schluss**

219 Alldem entsprechend möge die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND
220 Hamburg beschließen an dieser Stelle ihre queerfeministischen Positionen mit
221 denen der Bundesebene abzugleichen und passende und bisher nicht in der
222 Beschlusslage auftauchende Forderungen auf einem der kommenden Bundeskongresse
223 einzubringen.

224 -----

225 In diesem und allen dazugehörigen Leitanträgen rund um die
226 Landesmitgliederversammlung im Dezember 2018 der GRÜNEN JUGEND Hamburg wurde
227 der Genderstar für Inter* und trans* verwendet. Diese Begriffe stehen für
228 Intergeschlechtlichkeit und -sexualität beziehungsweise Transidentität und -
229 sexualität. So werden nicht allein die weibliche und männliche Form
230 abgebildet, sondern auch alle anderen Menschen, die sich keinem der beiden
231 Geschlechter eindeutig zuordnen. In der Abkürzung FIT* taucht der Genderstar
232 stellvertretend für alle nicht-binären Kategorien am Ende auf.

Begründung

erfolgt mündlich

A1NEU Vielfalt erhalten - Für ein Verbot von Tests auf chromosomale Trisomien

Antragsteller*in: Alexander Wrusch
Tagesordnungspunkt: 9. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Seit 2012 besteht die meist kostenpflichtige Möglichkeit durch nicht-invasive,
2 also eine nicht in den Körper eindringende, vorgeburtliche Diagnostik ungeborene
3 Kinder auf die Trisomien der Chromosomen 13, 18 und 21 zu testen. Gegenwärtig
4 wird geprüft, ob die Gesetzlichen Krankenkassen die Kosten für diese Tests
5 übernehmen sollen.

6
7 Die GRÜNE JUGEND Hamburg bewertet diese Entwicklungen als extrem problematisch
8 und spricht sich gegen die Aufnahme des Bluttests in das Leistungsangebot der
9 Gesetzlichen Krankenkassen aus, sowie für eine **Rücknahme der Zulassung für alle**
10 **Tests auf chromosomale Trisomien.**

11
12 Diese Suche nach einer Genommutation des ungeborenen Kindes suggeriert einen
13 medizinischen Mehrwert, doch nutzt der Befund und die Gewissheit über eine
14 chromosomale Trisomie nur der Deklaration einer Abweichungen von der Norm.

15
16 Von der Norm abzuweichen bedeutet in einem auf Leistungsfähigkeit und ständige
17 Optimierung fokussierten System - wie dem aktuell herrschenden - nicht
18 verwertbar zu sein. Diese Logik steht im Widerspruch dazu, die **Vielfalt unserer**
19 **Gesellschaft und der Fähigkeiten aller Einzelnen wertzuschätzen**, folglich allen
20 Menschen den gleichen Wert zuzusprechen.

21
22 Die GRÜNE JUGEND Hamburg stellt sich gegen diesen Optimierungstrend und kämpft
23 konsequent für den Erhalt und die Stärkung der Einzigartigkeit aller
24 Persönlichkeiten und deren Fertigkeiten.

25
26 Da wir keinen anderen Erkenntnisgewinn als die Gewissheit über eine angebliche
27 Minderwertigkeit, also der Nichtverwertbarkeit des ungeborenen Kindes, sehen,
28 lehnen wir diese Tests grundsätzlich ab.

29
30 Wir betrachten die Tests als gefährlichen Schritt hin zu der Selektion von
31 Menschen und der Homogenisierung unserer Gesellschaft. Denn auch aktuelle
32 Studien aus Dänemark belegen den Zusammenhang zwischen der sinkenden
33 Geburtenrate von Kindern mit Down-Syndrom und Trisomietests als Regelleistung.

34
35 Gerade für Eltern bedarf es nicht der Verunsicherung, ihr Kind sei abnormal,
36 sondern der Zusicherung von guten Betreuungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für
37 ihr Kind, sowie Vielfalt befürwortende und stärkende Strukturen in unserer
38 Gesellschaft.

39
40 Damit morgen endlich gelten kann **UNITY IN DIVERSITY!** (Einheit in
41 Vielfalt), kämpfen wir heute gegen diese Tests!

Begründung

mündlich

A3NEU Transformation zu einer Gemeinwohl-orientierten Wirtschaft

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 9. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Warum brauchen wir eine andere Wirtschaft?

2 Die Ausbeutung von Menschen in Entwicklungsländern, die prekäre Beschäftigung
3 von Arbeiter*innen, die Diskriminierung von Minderheiten und Frauen, den Raubbau
4 an der Natur, die Klimakatastrophe und die Vermüllung unserer Meere, die
5 Ursachen dieser Probleme liegen zu großen Teilen in der Struktur unseres
6 Wirtschaftssystems. In ihm setzen sich oft die Interessen einiger weniger, gegen
7 die der gesellschaftlichen Mehrheit durch. Oftmals wird dies sogar von
8 staatlicher Seite subventioniert allein 2012 wurden in Deutschland mehr als 57
9 Milliarden umweltschädliche Subventionen bereitgestellt.

10 Transformation zu einer Gemeinwohl-orientierten Wirtschaft

11 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert daher den Umbau der Hamburger Wirtschaft zu
12 einem Gemeinwohl-orientierten System und das Bekenntnis zur Gemeinwohl-Ökonomie
13 (GWÖ). Als Gemeinwohl-Ökonomie wird ein Wirtschaftssystem bezeichnet, welches
14 Gemeinwohl fördernde Ziele verfolgt. Im Mittelpunkt stehen dabei: Menschenwürde,
15 Solidarität, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, ökologische Nachhaltigkeit,
16 Kooperation, Transparenz des wirtschaftlichen Handelns und demokratische
17 Mitbestimmung.

18 Versteckte Kosten wieder sichtbar machen

19 Eine der größten Schwächen einer finanziellen Bilanz ist es, dass in ihr weder
20 die ökologische Nachhaltigkeit, noch die soziale Gerechtigkeit oder die
21 Gleichberechtigung der Geschlechter in einem Unternehmen oder einer Behörde
22 sichtbar werden. Durch diese mangelnde Transparenz haben weder Bürger*innen,
23 Kreditgeber*innen noch Behörden Einblick in die tatsächliche Nachhaltigkeit und
24 Sozialverträglichkeit von Produkten und Dienstleistungen. Sie können daher auch
25 keine Entscheidungen treffen, die dem Wohl aller dienen. Aus diesem Grund
26 fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg die Entwicklung einer Gemeinwohl-Matrix, durch
27 einen gesamtgesellschaftlich-repräsentativen Konvent. Die Gemeinwohl-
28 Bilanzierung aller städtischen Unternehmen und Behörden, sowie die
29 ausschließliche Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Unternehmen mit einer
30 mittleren bis hohen Gemeinwohl-Bilanz, sind weitere Forderungen.

31 Förderung durch Bildung

32 Nur durch ein bewusstes Handeln ist die Transformation herkömmlicher
33 Unternehmen, zu Gemeinwohl-orientierten möglich. Um Unternehmen und
34 Organisationen zu unterstützen, die diesen Wandel durchführen möchten, fordern
35 wir die Stadt auf, ein Gemeinwohlforschungszentrum zu gründen. Dieses soll mit Geldern
36 ausgestattet werden, die es ermöglichen Bildungsveranstaltungen zur
37 Gemeinwohlforschung zu organisieren, die organisationale Betreuung der
38 Entwicklung der Gemeinwohl-Matrix zu überwachen, die Dokumentation des
39 Transformationsprozess durchführen und die Akquirierung und Bereitstellung von

40 Fördermitteln zum Umbau von herkömmlichen zu Gemeinwohl-orientierten Unternehmen
41 zu unterstützen. Auch Aufgaben, wie die Vernetzung von Gemeinwohl-orientierten
42 Unternehmen untereinander und mit weiteren Vereinen oder Institutionen, die
43 Beratung bei der Neugründung eines Gemeinwohl-orientierten Unternehmens und die
44 Bereitstellung von Produktionsmitteln wie zum Beispiel Räumen, gehören zu den
45 Aufgaben eines Gemeinwohlsentrums.

Begründung

Ziele der GWÖ

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist der Aufbruch zu einer ethischen Marktwirtschaft, deren Ziel nicht die Vermehrung von Geldkapital ist, sondern das gute Leben für alle. Sie setzt die Menschenwürde, die Menschenrechte und die ökologische Verantwortung als Gemeinwohlwerte auch in der Wirtschaft um. Wie diese Werte im unternehmerischen Alltag gelebt werden können, zeigt die [Gemeinwohl-Matrix](#). Sie wird laufend weiterentwickelt und soll demokratisch entschieden werden. Anhand der Matrix erstellen die Unternehmen eine [Gemeinwohl-Bilanz](#). Im Gemeinwohl-Bericht erklären sie die Umsetzung der Gemeinwohlwerte sowie ihr Entwicklungspotential und nehmen eine Bewertung vor. Bericht und Bilanz werden extern überprüft und veröffentlicht. Damit werden die Leistungen für das Gemeinwohl bekannt gemacht. Gesellschaftliche Unterstützung erfahren Gemeinwohl-Unternehmen zunächst am Markt durch VerbraucherInnen, KooperationspartnerInnen und gemeinwohlorientierte GeldgeberInnen. Als Ausgleich für überdurchschnittliche Leistungen zum Gemeinwohl sollen Gemeinwohl-Unternehmen rechtliche Vorteile bei Steuern, Krediten und öffentlichen Aufträgen sowie im internationalen Handel erhalten.

Unternehmensgewinne dienen der Stärkung der Unternehmen sowie der Einkommenserzielung und der Alterssicherung der UnternehmerInnen und der Beschäftigten, nicht aber der Vermögensvermehrung externer KapitalgeberInnen. So gelangen die UnternehmerInnen zu Freiräumen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, frei vom Druck zu größtmöglicher Kapitalrendite. Dadurch schwindet der Drang zum Wirtschaftswachstum. Es öffnen sich Möglichkeiten für ein erfülltes Leben bei Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. In der Arbeit können sich Wertschätzung und Fairness sowie Kreativität und Kooperation besser entfalten. Mit der Begrenzung von Vermögensungleichheiten steigen die Chancen für die gleichberechtigte Teilhabe Aller am wirtschaftlichen und politischen Leben. Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung lädt dazu ein, die Verwirklichung der genannten Werte in Wirtschaft und Gesellschaft mitzugestalten. Alle Ideen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung sollen in demokratischen Prozessen entwickelt, vom Souverän entschieden und in der Verfassung verankert werden.

- die Gemeinwohlsbilanz. Sie ist das konkrete, umsetzbare Instrument der GWÖ für Unternehmen aller Größen und Rechtsformen, die unternehmerischen Erfolg in einer neuen Bedeutung misst. Bei ihr werden nicht nur die klassischen Finanzen gemessen, sondern gleichberechtigt die schon genannten Werte Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz des wirtschaftlichen Handelns und demokratische Mitbestimmung. Sie wird in einer Gemeinwohl Matrix bemessen.
- Laut einer [Umfrage der Bertelsmann-Stiftung](#) im Jahre 2010 wünschen sich 88% aller Deutschen und 90% aller ÖsterreicherInnen eine neue und ethischere Wirtschaftsordnung, die den Schutz der Umwelt und den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft stärker berücksichtigt.

- [Studie Umweltbewusstsein Deutschland 2014](#): Eine große Mehrheit (67 Prozent) sieht eine neue Ausrichtung des Wirtschaftssystems - weg vom BIP-Wachstum, hin zur Lebenszufriedenheit - als wichtigstes Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hohe Zustimmungswerte gab es unter den jungen Menschen. Hier wünschen sich sogar 70 Prozent anstelle des Bruttosozialprodukts, die Messung des Bruttosozialglücks als neuen Indikator. Die Studienautoren empfehlen neue Wohlstandsindikatoren als zeitgemäße Weiterentwicklung, der sich die Politik annehmen soll.

- Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat die Stellungnahme "[Gemeinwohl-Ökonomie - ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell für den sozialen Zusammenhalt](#)" am 15. September 2015 mit 86% Ja-Stimmen angenommen. Der EWSA erachtet die GWÖ als geeignet, in den Rechtsrahmen der Union und ihrer Mitgliedstaaten integriert zu werden, und fordert die Europäische Kommission auf, Maßnahmen zu setzen, um Unternehmen zu belohnen, die eine höhere ethische Leistung vorweisen könne

- **„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“** (Deutsches Grundgesetz, Art. 14)

- Es gibt Bestrebungen der EU in diese Richtung, die sich dann auf das nationale Recht auswirken. Seit 2017 verpflichtet die neue Nachhaltigkeitsrichtlinie der EU Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiter*innen in ihren Rechenschaftsberichten ihre Strategien, Risiken und Ergebnisse in Bezug auf Umwelt-, Sozial-, und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte, Bekämpfung von Korruption und Bestechung sowie Diversität in den Leitungsorganen offen zu legen (EU directive on „non-financialreporting“).

<https://www.ecogood.org/de/vision/darum-gemeinwohl/>

<http://gruene-fraktion-muenchen.de/lh-munchen-macht-sich-auf-weg-gemeinwohl-okonomie-stadtischer-eigenbetrieb-durchlauft-prozess-gemeinwohl-bilanzierung-ende-2019/>

<https://www.ecogood.org/de/vision/theoretische-basis/>

<https://www.ecogood.org/de/gemeinwohl-bilanz/gemeinden/>

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/2_tab_umweltschaedl-subventionen_2017-02-03.pdf

A4NEU6 Jahresplan für den Ring politischer Jugend für 2019

Antragsteller*in: Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum: 08.12.2018
Tagesordnungspunkt: 9. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Hamburg plant für das Jahr 2019 folgende Veranstaltungen, die
2 über den Ring politischer Jugend (RPJ) finanziert werden sollen:

3 **sechs FreiTalks:** Wie im Jahr 2018 wollen wir wieder Menschen einladen, die von
4 ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement berichten und so Diskussionen anstoßen.
5 In 2019 soll alle zwei Monate ein FreiTalk stattfinden und wir wollen dieses
6 Format verstärkt dafür nutzen, um mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hamburg
7 zusammenzuarbeiten. Die FreiTalk-Veranstaltungen sollen also explizit auch
8 Mitglieder der GRÜNEN ansprechen und somit einen Raum dafür bieten, dass junge
9 und ältere GRÜNE, sowie alle Interessierten durch ein gemeinsames
10 Bildungsangebot in einen Austausch kommen.

11 **vier Methodenschulungen:** Wir haben vor, unsere Mitglieder und Aktive sowie alle
12 Interessierten methodisch weiterzubilden. Das soll unter anderem durch drei
13 Methodenschulungen erreicht werden.

14 • **Methodenschulung Gendersensible Moderation:** Die Förderung von Frauen,
15 Inter*- und Trans*-Personen muss ein essentieller Bestandteil von
16 politischem und gesellschaftlichem Engagement sein. Damit wir eine
17 Atmosphäre schaffen, in der sich alle - ungeachtet ihres Geschlechts -
18 wohl fühlen und sich gerne einbringen, bedarf es auch einer guten
19 Gesprächskultur. In dieser Hinsicht ist es wichtig, dass möglichst alle
20 wissen, wie gendergerechte Sprache funktioniert und wie man Sprache so
21 einsetzt, dass bei Diskussionen und Gesprächsrunden FIT*-Personen einen
22 angemessenen Anteil am Redeverhalten haben.

23 • **Methodenschulung zum Teamwork im Netz und zu Digitalen Tools in der**
24 **politischen Arbeit:** Im Rahmen von professioneller politischer Arbeit haben
25 sich mittlerweile viele verschiedene Arten der Zusammenarbeit entwickelt,
26 die sowohl analog, aber vor allem immer mehr digital, in Form von Chat-,
27 Plattform-, Forums- oder auch Organisationsprogrammen, sind. Dabei sollte
28 möglichst immer darauf geachtet werden, einen barrierefreien Einstieg in
29 Verbandsstrukturen zu ermöglichen. Daher ist es wichtig, eine digitale
30 Struktur zu entwickeln, die hürdenlos ist. Dafür sollen Menschen, die sich
31 politisch und gesellschaftlich einbringen, Aktionen und Kampagnen planen,
32 geschult werden, um vorhandene Struktur sinnvoll zu nutzen und sie so zu
33 gestalten, dass andere auf einem einfachen Weg miteinbezogen werden
34 können.

- 35 • **Methodenschulung Kampagnen Planen und Fundraising:** Kampagnen sind eine
36 Aktionsform, mit der außerhalb einer "Blase" viele Menschen erreicht,
37 politische Ideen diskutiert und Argumentationsverhalten geübt werden
38 können. Daher ist es wichtig, in dieser Hinsicht gut geschult zu sein, um
39 Kampagnen zu planen und durchzuführen. Da für eine gelungene Kampagne die
40 finanzielle Absicherung relevant ist, ist es von besonderer Bedeutung,
41 auch erste Kenntnisse zum Thema Fundraising zu haben.
- 42 • **Methodenschulung Führung und Empowerment:** Politische Arbeit ist oft von
43 einer organisatorischen Struktur geprägt, die möglichst demokratisch
44 gestaltet sein sollte, so dass jede*r die Möglichkeit hat, sich
45 einzubringen und seine*ihre Fähigkeiten einzusetzen. Vor diesem Hintergrund
46 ist es wichtig, sich verschiedener Machtmechanismen bewusst zu sein und
47 diese kritisch reflektieren können, um mit guten Führungskompetenzen die
48 Teilhabe aller im Rahmen politischen und gesellschaftlichen Engagements zu
49 fördern.
- 50 **zwei Seminare:** Mehrtägige Seminare bieten die Möglichkeit, sich inhaltlich
51 vertiefend mit einer Thematik zu beschäftigen und interdisziplinär an
52 Fragestellungen heranzutreten. Daher planen wir auch für 2019 wieder
53 Veranstaltungen in diesem Format.
- 54 • **Seminar Digitalisierung:** Digitalisierung ist ein Thema, das wir nicht
55 umgehen können und bei dem es daher umso wichtiger ist, es in unsere
56 politische Arbeit, unsere inhaltlichen Forderungen und unsere
57 gesellschaftlichen Ideen konkret miteinzubeziehen. Gleichzeitig ist es
58 ebenso relevant, sich der drohenden Gefahren bewusst zu sein und abgewägte
59 Entscheidungen treffen zu können. Um unseren Mitgliedern, Aktiven und
60 Interessierten eine Möglichkeit zu bieten, zukunftsfähig handeln zu
61 können, bedarf es also einer fundierten und vielseitigen Grundkenntnis zum
62 Thema Digitalisierung.
- 63 • **Seminar Umwelt- und Klimapolitik:** Nachdem 2018 Umwelt- und Klimapolitik
64 ein zentrales Thema im politischen Diskurs war, es aber nach wie vor viele
65 Missstände gibt, wird es auch 2019 wichtig sein, sich weiterhin dieser
66 Thematik zu verschreiben. Um unterschiedliche Einblicke in dieses sehr
67 vielschichtige Thema zu bekommen, eignet sich ein Seminar, wo einerseits
68 einzelne Fragestellungen tiefergehend diskutiert werden können und
69 andererseits ein Überblick über Zusammenhänge geschaffen werden kann.
- 70 **drei Podiumsdiskussionen:** Das Format Podiumsdiskussion zeigt verschiedene
71 Perspektiven und Meinungen zu einem Thema oder einer Fragestellung auf. Nach
72 erfolgreichen Podiumsdiskussionen 2018 wollen wir in 2019 drei weitere anbieten
73 und dabei das Format partizipativer gestalten (z.B. durch Fishbowl-
74 Diskussionen), sodass das Publikum einen aktiveren Anteil an der Diskussion hat.
- 75 • **Podiumsdiskussion Schuldenbremse:** Die Schuldenbremse betrifft uns als
76 junge Generation besonders, da wir beispielsweise ein verstärktes
77 Interesse an einem zukunftsfähigen Bildungssystem oder Kultursektor haben.
78 Welche direkten Auswirkungen der Schuldenbremse spürbar sind, was auf uns
79 zukommt, wie wir an einer progressiven Zukunft arbeiten können und welche
80 Rolle dabei Schulden spielen, soll bei dieser Podiumsdiskussion
81 angesprochen werden.

- 82 • **Podiumsdiskussion Verbotspolitik:** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN galten lange Zeit
83 als Verbotspartei, die probiert, ihre politischen Ziele durch Verbote zu
84 erwirken. Wie wirksam ist eine solche Politik? Wie restriktiv darf und
85 sollte Politik sein? Wie steht die GRÜNE JUGEND als Jugendorganisation zu
86 dieser Politik? Auf diese Fragen soll bei der Podiumsdiskussion
87 Verbotspolitik eingegangen werden.
- 88 • **Podiumsdiskussion Europa:** Das Europäische Parlament wird im Mai gewählt.
89 Gerade junge Menschen haben durch ihre europäische Sozialisierung eine
90 besondere Bindung zur EU und trotzdem steckt sie in einer Krise. Die Frage
91 nach der Zukunft und der künftigen Gestaltung Europas und der EU, soll bei
92 dieser Podiumsdiskussion thematisiert werden.
- 93 **eine Zukunftswerkstatt:** Auch in 2019 wollen wir an der strukturellen
94 Weiterentwicklung unseres Verbandes arbeiten. Dafür eignen sich Wochenenden, an
95 denen eine Bestandsaufnahme und weitere Pläne diskutiert werden, sowie Methoden
96 entwickelt und Aktiven an die Hand gegeben werden, um die GRÜNE JUGEND Hamburg
97 auch in Zukunft aktiv gestalten zu können.
- 98 **ein Herbstkongress:** Auf dem Herbstkongress sollen im kommenden Jahr neben
99 strukturellen Fragen vor allem auch grundsätzliche inhaltliche Fragen diskutiert
100 werden. Ein Wochenende soll dabei in einem Seminarhaus im Ballungsraum Hamburg
101 verbracht werden, um neben der inhaltlichen Arbeit das Gruppengefühl zu stärken
102 und auch explizit Neue gut einzubinden.
- 103 **vier Freifilme:** Wie schon 2018 sollen auch in 2019 wieder passend zu den
104 Themenschwerpunkten Filme gezeigt werden, die als Grundlage für weitere
105 Diskussionen dienen und eine andere Perspektive auf das behandelte Thema
106 ermöglichen. Hinsichtlich der Europawahlen und wegen dem momentanen
107 Themenschwerpunkt "Europa und EU" wird mindestens einer der vier Freifilme zu
108 diesem Thema sein.
- 109 **ein Hate Slam/Politischer Poetry Slam:** Als alternatives Format, was vor allem
110 junge Menschen anspricht, planen wir einen Hate Slam oder einen Politischen
111 Poetry Slam. Gerade interessierte Menschen, die sonst eventuell keine
112 Bildungsveranstaltungen der GRÜNEN JUGEND besuchen würden, können wir mit diesem
113 Format ansprechen.
- 114 Der Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Hamburg wird sich bei der Aufstellung des
115 RPJ-Plans an diesem Konzept orientieren und probiert, alle aufgeführten
116 Veranstaltungen zu realisieren. Bei der Finanzierung der Veranstaltungen soll
117 besonderen Wert auf die Bewerbung gelegt werden, um neue und interessierte
118 Menschen zu erreichen und neue Perspektiven auf *grüne* Themen zu ermöglichen.
- 119 Wenn der GRÜNEN JUGEND Hamburg mehr als das eingeplante Budget zur Verfügung
120 stehen sollte oder sich bei der Organisation der Veranstaltungen herausstellt,
121 dass die Kosten zu hoch kalkuliert wurden, obliegt es dem Landesvorstand weitere
122 Veranstaltungen und Formate (wie z.B. Workshoptage) in Abstimmung mit den
123 aktiven Mitgliedern zu planen.

Begründung

erfolgt mündlich

A5 Umbenennung des Arbeitskreis FIT* in "Arbeitskreis Queerfeminismus"

Antragsteller*in: Helen Karnatz, Emilia Fester, Katharina
Stolla
Tagesordnungspunkt: 9. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Die Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Hamburg möge dem Gesuch des
- 2 Arbeitskreises Frauen, Inter*- und Trans*personen stattgeben sich ab dem
- 3 heutigen Tage **umzubenennen**.

- 4 Der neue Name für den Arbeitskreis, der als Gremium in gleicher Besetzung und
- 5 gleichem Statut fortbestand haben soll, lautet: **Arbeitskreis Queerfeminismus**.

Begründung

Da der "AK FIT*" schon in der Vergangenheit ein eigentlich queerfeministisches Gremium war und nicht, wie der Name falscherweise versprach, ein Gremium, das ausschließlich für Frauen, Inter*- oder Trans*personen offen wäre, ist eine Umbenennung wünschenswert.

Der Arbeitskreis will damit unterstreichen, dass der AK sowie auch das behandelte und diskutierte Thema "Queerfeminismus" für alle offen ist.

A6 Projektgruppe "Partizipation in der GRÜNEN JUGEND Hamburg" gründen

Antragsteller*in: Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum: 08.12.2018
Tagesordnungspunkt: 9. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Auf der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Hamburg (GJHH) am
2 07.04.2018 wurde der Landesvorstand beauftragt, Maßnahmen zu erarbeiten, um
3 Menschen, die es aufgrund ökonomischer, zeitlicher, familiärer und sonstiger
4 Zwänge schwer haben, sich politisch zu engagieren, ihr Engagement zu ermöglichen
5 beziehungsweise zu erleichtern.

6 Im Zuge der hierdurch angestoßenen Diskussionen wurde deutlich, dass es zunächst
7 einer grundlegenden Analyse sozialer, finanzieller und sonstiger Hürden
8 innerhalb der GRÜNEN JUGEND Hamburg bedarf, bevor gezielte Maßnahmen entwickelt
9 werden können, um diese Hürden abzubauen. In einer ersten Reflexionsphase wurden
10 die vier Oberthemen Zeit, Sprache, Wissensweitergabe und Information sowie
11 Diversität als Problemfelder klassifiziert, an denen weiter gearbeitet werden
12 soll und die es tiefergehend zu untersuchen gilt. Natürlich kann im weiteren
13 Analyseprozess auch auf andere Hürden und deren Ursachen eingegangen werden.
14 Im weiteren Verfahren sollen in einem strukturierten Prozess möglichst viele
15 Menschen eingebunden und somit eine Perspektivenvielfalt auf das Thema erreicht
16 werden.

17 Hiermit wird die **Gründung einer Projektgruppe „Partizipation in der GRÜNEN**
18 **JUGEND Hamburg“** beschlossen. In dieser Projektgruppe sollen interessierte Aktive
19 sowie Mitglieder des Landesvorstands der GJHH gemeinsam eine Problemanalyse
20 durchführen, Lösungsstrategien entwickeln und ein weiteres Verfahren konkret
21 erarbeiten. Auf der nächsten ordentlichen Landesmitgliederversammlung werden
22 diese Ergebnisse präsentiert und mögliche Arbeitsaufträge an den Landesvorstand
23 weitergegeben.

24 Ziel dieses Prozesses soll sein, die GRÜNE JUGEND Hamburg offen, inklusiv und
25 vielfältig zu gestalten und mögliche Hürden für das politische Engagement in
26 unserem Landesverband so weit wie möglich abzubauen.

Begründung

Der Landesvorstand nimmt den Auftrag von der Landesmitgliederversammlung am 07.04.2018, Maßnahmen für eine inklusivere, barrierefreie Partizipation in der GRÜNEN JUGEND Hamburg zu schaffen, sehr ernst. Da im Prozess jedoch deutlich geworden ist, dass es hierbei nicht nur um den Abbau finanzieller Hürden geht, sondern wir eine umfassendere Analyse benötigen, um weitere Problemfelder zu erkennen und mitzudenken, möchten wir der Analyse und Lösungsfindung mehr Zeit einräumen. Durch die Gründung einer Projektgruppe zu dieser Thematik wird die Möglichkeit geschaffen, mit allen Aktiven gemeinsam über mögliche Hürden zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln, während gleichzeitig die Zuständigkeit für die Gestaltung des

weiteren Prozesses klar geregelt ist.

A14NEU Unser Weg zur Bürger*innenschaftswahl 2020

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 9. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Hamburgs höchstes demokratisches politisches Gremium ist die Bürger*innenschaft
2 - jeden zweiten Mittwoch streiten die Fraktionen im Plenum für die Zukunft der
3 Stadt Hamburg - und am 23. Februar 2020 wird das Parlament wieder neugewählt!

4 Als Jugendorganisation von Bündnis90/DIE GRÜNEN Hamburg ist es unsere Aufgabe,
5 im Rahmen des Wahl- bzw. Regierungsprogrammprozesses, der Listenaufstellungen,
6 des Wahlkampfes, der potentiellen Koalitionsverhandlungen, des zukünftigen
7 Regierungs- bzw. Oppositionshandelns unserer Mutterpartei die parlamentarische
8 Arbeit kritisch zu begleiten und im Sinne einer junggrünen Politik einzuwirken.

9 Damit unsere Maßnahmen im Rahmen der Bürger*innenschaftswahl 2020 für alle
10 transparent und fair sind, wollen wir uns bereits jetzt auf eine gemeinsames
11 Verfahren einigen und als Landesmitgliederversammlung beschließen:

12 Regierungsprogrammprozess

13 Die GRÜNEN Hamburg arbeiten bereits seit einem Jahr an den Eckpunkten des
14 Regierungsprogramms für die nächste Legislaturperiode. Die GRÜNE JUGEND Hamburg
15 bringt sich aktiv in diesen Prozess ein und versucht so, in verschiedenen
16 Stadien die Entstehung des Programms kritisch zu begleiten und zu gestalten.
17 Auch für die Zukunft beauftragen wir den Landesvorstand den Prozess zu
18 beobachten, Einflussmöglichkeiten für junggrüne Menschen zu identifizieren und
19 zu bewerben und auch selber auf Grundlage der Beschlusslage der GRÜNEN JUGEND
20 Hamburg das Programm mitzugestalten. Ziel ist es, das Programm so in unserem
21 Sinne zu gestalten, dass wir im Vorfeld der Wahl auf eigenständig beworbene
22 Forderungen verzichten können, um so gemeinsam mit den GRÜNEN Hamburg für ein
23 gutes Ergebnis zu kämpfen.

24 Listenaufstellung und junggrüne Kandidierende

25 Um unsere Anliegen auch nach der Wahl im Regierungs- oder Oppositionshandeln eng
26 begleiten zu können, um junggrüne Inhalte in der Fraktion fest zu verankern und
27 um die Perspektive junger Menschen auch im Parlament zu stärken, bedarf es nicht
28 nur Forderungen, sondern auch Menschen, die motiviert sind hierfür zu kämpfen.
29 Die GRÜNE JUGEND Hamburg ist ein Ort, an dem viele solche Menschen
30 zusammenkommen und wir motivieren und unterstützen jede*n, die*der für unsere
31 Inhalte streiten möchte.

32 Für eine schlagkräftige Kampagne mit Erfolgsaussichten für junggrüne

33 Kandidierende für die Bürger*innenschaftswahl möchten wir dabei **zwei** junggrüne
34 Spitzenkandidierende finden, die von der GRÜNEN JUGEND Hamburg bei der Bewerbung
35 um Listenplätze und im Wahlkampf besonders unterstützt werden.

36 Dieser Findungsprozess soll ebenso wie das gesamte Verfahren fair und
37 transparent gestaltet werden, wofür mit diesem Antrag ein Grundstein gelegt
38 wird. Der Landesvorstand organisiert dafür Veranstaltungen, auf denen sich
39 Interessierte über die Arbeit der Bürger*innenschaft informieren, sich als
40 Kandidierende vorstellen und mit anderen Kandidierenden diskutieren können.
41 Anschließend werden die zwei Spitzenkandidierenden der GRÜNEN JUGEND Hamburg von
42 der Landesmitgliederversammlung gewählt.

43 **Wahlkampfteam**

44 Der Landesvorstand wird beauftragt zur nächsten ordentlichen
45 Landesmitgliederversammlung ein Verfahren zum Wahlkampf auszuarbeiten. Das
46 Wahlkampfteam für die Europa- und Bezirkswahlen 2019 wird beauftragt, bei der
47 Herstellung der Materialien den Bürger*innenschafts-Wahlkampf im Kopf zu haben
48 und Erfahrungen gut zu dokumentieren.

49 **Außerordentliche Landesmitgliederversammlung zur Bürger*innenschaftswahl**

50 Der Landesvorstand wird beauftragt eine Landesmitgliederversammlung zur
51 Vorbereitung des Bürger*innenschaftswahlkampfes nach der Wahl zum Europäischen
52 Parlament und den Hamburger Bezirksversammlungen 2019 zu organisieren, auf der
53 wir jene Wahlkämpfe auswerten, ein Wahlkampfteam und unsere junggrünen
54 Spitzenkandidierenden für die Bürger*innenschaftswahl 2020 wählen.

A15 Beteiligung junger Menschen in Politik und Gesellschaft in Hamburg

Antragsteller*in: Landesvorstand GJHH

Beschlussdatum: 08.12.2018

Tagesordnungspunkt: 9. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 1. Situationsanalyse

2 1.1. Warum ist Beteiligung junger Menschen wichtig?

3 1.2. Wie steht es aktuell um die Beteiligung junger Menschen in Hamburg?

4 2. Forderungen

5 2.1. Grundsätze

6 2.2. Politik

7 2.3. Partei

8 2.4. Gesellschaft

9 **1. Situationsanalyse**

10 Die GRÜNE JUGEND Hamburg hat sich in den vergangenen Monaten mit der Situation
11 der Beteiligung junger Menschen in Politik und Gesellschaft, sowie der
12 Berücksichtigung ihrer Belange und die Einbindung in Prozesse in Hamburg und
13 innerhalb der GRÜNEN Hamburg beschäftigt. Nun haben wir konkrete Forderungen
14 erarbeitet, um die GRÜNEN Hamburg und die politische Landschaft Hamburgs offener
15 und wertschätzender gegenüber jungen Menschen zu gestalten und den Anteil junger
16 Menschen an politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu erhöhen, um
17 so eine bessere Abbildung dieser unterrepräsentierten Gruppe in einer alternden
18 Gesellschaft zu erreichen.

19 **1.1. Warum ist Beteiligung junger Menschen wichtig?**

20 Die Möglichkeit für junge Menschen, sich in ihrem persönlichen Umfeld
21 einzubringen, dient nicht nur zur selbstgesteuerten, individuellen
22 Persönlichkeitsentwicklung hin zu einer demokratischen Mündigkeit, sondern
23 übergibt auch einen Teil der Verantwortung für das eigene Leben, das persönliche
24 Umfeld und die Gesellschaft an diejenigen, die am direktesten und
25 langfristigen von vielen Entscheidungen betroffen sind. Junge Menschen setzen

26 sich so aktiv mit ihrem Umfeld auseinander, übernehmen Verantwortung und werden
27 zur politischen Meinungsbildung angeregt. Daraus resultiert nicht nur eine
28 jugendgerechtere Politik und Gesellschaft, sondern auf persönlicher Ebene auch
29 ein größeres Verständnis für und Vertrauen in politische Prozesse. Wird dieser
30 Grundstein bereits in jungen Jahren gelegt, kann daraus eine kritische und
31 reflektierte Persönlichkeit mit gestärkter Bereitschaft zum gesellschaftlichen
32 und politischen Engagement erwachsen.

33 Doch auch junge Menschen, die die Möglichkeiten einer politischen und
34 gesellschaftlichen Beteiligung nicht oder nur begrenzt selbst nutzen, fühlen
35 sich durch eine verstärkte Identifikation mit jungen Entscheidungsträger*innen,
36 die häufig am besten wissen, was ihre Altersgruppe bewegt und beschäftigt,
37 besser vertreten. Die Hemmschwelle, sich selbst einzubringen, sinkt durch die
38 Vorbildfunktion anderer junger Menschen in politischen und gesellschaftlichen
39 Funktionen und das Vertrauen in und Verständnis für politische Prozesse und
40 Entscheidungen steigt, zum Beispiel durch zielgruppengerechtere Kommunikation
41 unter jungen Menschen.

42 Auch die Gesellschaft als Ganzes profitiert von der Beteiligung junger Menschen.
43 Diese haben das Potential frische und innovative Ideen einzubringen, als gegeben
44 angesehene Elemente kritisch zu hinterfragen und zukunftsorientierte,
45 langfristige Probleme anzugehen und zu lösen. Auch die politische Legitimität
46 wird durch eine bessere Repräsentation der Gesellschaft erhöht und so die
47 Demokratie als Ganzes gestärkt.

48 Die Bedeutung der Beteiligung junger Menschen wird auch durch die explizite
49 Festschreibung in der Konvention über die Rechte der Kinder der Vereinten
50 Nationen (Artikel 12)[1], dem achten Sozialgesetzbuch (Artikel 8)[2] und durch
51 die Verankerung der Kinderrechte in 14 der 16 deutschen Landesverfassungen
52 deutlich[3].

53 **1.2. Wie steht es aktuell um die Beteiligung junger Menschen in Hamburg?**

54 Junge Menschen haben es doppelt schwer: In einer Gesellschaft, in der gerade in
55 der Politik, eine immer stärkere Professionalität erwartet wird, sehen sich
56 junge Menschen häufig nicht nur mit Vorurteilen aufgrund ihres Alters, sondern
57 auch mit einem unterstellten Mangel an Erfahrung konfrontiert. Existierenden
58 Unsicherheiten wird nicht mit Ermutigung und Unterstützung zur
59 Eigenverantwortung und Selbstbestimmung begegnet, sondern diese werden durch die
60 besonders hohe Erwartungshaltung noch verstärkt. Nicht vorhandene persönliche
61 Netzwerke erschweren es zusätzlich Aufmerksamkeit für die eigenen Anliegen zu
62 erreichen und Veränderungen anzustoßen.

63 Auch wenn es innerhalb der GRÜNEN Hamburg Möglichkeiten für junge Menschen gibt
64 sich zu beteiligen, gibt es einige Frustrationen. Viele aus der GRÜNEN JUGEND
65 Hamburg bringen sich nicht (mehr) auf Landesebene bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein.
66 Zu der Fragestellung, woran dies liege, gab es innerhalb des Jugendverbandes
67 eine Erhebung, die folgende Gründe ergab: Neben dem nötigen Zeitaufwand wurde
68 vor allem die wahrgenommene politische Kultur als Hürde genannt. Letztere
69 gestalte sich durch Netzwerke, die gerne unter sich blieben, sowie in vielen
70 Gremien durch dominantes und exklusivierendes Redeverhalten, gerade von älteren
71 Parteimitgliedern. Darüber hinaus wurden für junge Menschen unpassende Formate,
72 die eigene Unsicherheit und fehlendes Wissen und mangelnde Erfahrung als Gründe

73 genannt. Es existiert also scheinbar kein Klima, welches eine Beteiligung mit
74 geringem Zeitaufwand und Vorwissen, dafür aber mit den Unsicherheiten eines
75 jungen Menschen fördert, obwohl es viele junge Menschen mit einem
76 grundsätzlichen Interesse sich einzubringen gibt. In der Hamburgischen
77 Bürgerschaft waren beispielsweise zum Zeitpunkt der letzten Wahl (2015) nur 4,1%
78 der Abgeordneten unter 30 Jahre alt, während fast ein Drittel (32,2%) der
79 Bevölkerung Hamburgs jünger als 30 Jahre alt ist.[4]

80 Und auch wo augenscheinlich händeringend nach jugendlicher Teilhabe gesucht
81 wird, kann den Umständen in denen sich junge Menschen oft befinden, meist nicht
82 Rechnung getragen werden. So zeigt sich, dass viele Kreisverbände offen für die
83 Mitarbeit junger Menschen sind, aber Schwierigkeiten haben diese zu erreichen
84 beziehungsweise zu halten.

85 2. Forderungen

86 Resultierend aus diesen Beobachtungen fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg alle
87 Akteur*innen in Politik und Gesellschaft auf, sich der Unterrepräsentation
88 junger Menschen anzunehmen und fordert dazu folgendes:

89 2.1. Allgemeine Grundsätze guter Beteiligung junger Menschen

- 90 • **Inklusiv:** Wir wollen, dass Beteiligungsformate stets allen jungen Menschen
91 frei von Hürden und Barrieren zur Verfügung stehen. Jungen Menschen dürfen
92 durch die Beteiligung in Politik und Gesellschaft keine Nachteile
93 (materiell wie immateriell) entstehen.
- 94 • **Altersgerecht und flexibel:** Junge Menschen unterschiedlicher Altersgruppen
95 und persönlicher Hintergründe bedürfen einer auf sie angepassten Ansprache
96 und verschiedener Formate, die auch im Prozess noch an die Bedürfnisse
97 junger Menschen angepasst werden können. Eine einzige Form von Beteiligung
98 für alle jungen Menschen ist nicht sinnvoll.
- 99 • **Eigenständig und selbstbestimmt:** Beteiligungsformate dürfen nicht durch
100 externe Akteur*innen gesteuert werden und müssen jungen Menschen die
101 Freiheit geben, über Inhalte, Formate und Strukturen eigenständig zu
102 entscheidend. Zur Etablierung neuer Formate kann es dennoch sinnvoll sein,
103 einen Anfangsrahmen vorzugeben.
- 104 • **Demokratisch:** Sowohl der Prozess der Beteiligung, als auch der Umgang mit
105 den Ergebnissen von Beteiligungsprozessen muss auf Grundlage
106 demokratischer Prinzipien erfolgen.
- 107 • **Wertschätzend:** Die Meinungen und Positionen junger Menschen müssen
108 ernstgenommen und Abweichungen von vorherrschenden Meinungen als frische
109 Perspektive wertgeschätzt werden. Diskussionen und Dialog müssen auf
110 Augenhöhe stattfinden, indem junge Menschen als mündig eine eigene Meinung
111 zu haben angesehen werden und eine wertschätzende statt belehrender
112 Sprache genutzt wird.

- 113 • **Lernerfahrungen ermöglichen:** Beteiligungsprozesse stellen immer auch
114 Lernerfahrungen für junge Menschen da. Der Erfolg von
115 Beteiligungsprozessen darf dementsprechend nicht nur an den inhaltlichen
116 Ergebnissen gemessen werden, sondern muss auch die demokratischen
117 Lernerfahrungen junger Menschen einbeziehen.

- 118 • **Tatsächliche Mitwirkung und Nachverfolgbarkeit:** Die inhaltlichen
119 Ergebnisse müssen dann institutionalisiert in politische und
120 gesellschaftliche Prozesse einfließen. Dafür soll transparent gemacht
121 werden, wie diese eingeflossen sind, welche Wirkung sie entfaltet bzw.
122 nicht entfaltet haben und warum.

- 123 • **Angemessen und langfristig finanziell ausgestattet:** Beteiligungsprozesse
124 funktionieren selten vom ersten Tag an und bedürfen daher einer planbaren
125 Langfristigkeit, die finanziell abgesichert ist.

- 126 • **Anknüpfungspunkte an Gremien der Stadt**

- 127 • **ggf. Hauptamtliche Unterstützung und Zusammenarbeit mit externen Trägern**

128 2.2. Politik

129 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert von der Politik in Hamburg

- 130 • Die Erarbeitung einer Jugendstrategie und eine eigenständige *Jugendpolitik*
- 131 • Die Verankerung von Kinderrechten in der Landesverfassung

- 132 • Eine Präzisierung, ausreichende Finanzierung und jugendgerechte Umsetzung
133 von §33 BezVG (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen), sowie die
134 Einführung auch auf Landesebene

- 135 • Willkürliche Einschränkungen des Wahl- und Stimmrechts auf Grund von Alter
136 bei Wahlen und in der Volksgesetzgebung abzuschaffen

- 137 • Für Fälle in denen eine direkte Beteiligung junger Menschen (noch) nicht
138 möglich ist: Die Einführung eines Jugendchecks in allen
139 Gesetzgebungsprozessen

140 2.3. Partei

141 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert von den GRÜNEN Hamburg

- 142 • Eine gemeinsame Arbeit daran, ein **wertschätzenderes und offeneres Klima**
143 insbesondere gegenüber jungen Menschen und ihren Ideen zu erreichen,
144 Meinungsdiversität und innovative Denkanstöße noch mehr als bisher als
145 Chance für die gesamte Partei zu begreifen und junge Menschen sowohl aktiv
146 zu fördern als auch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihnen zu

- 147 suchen.
- 148 • Eine Ermutigung der Kreisverbände und der GRÜNEN JUGEND Hamburg gemeinsam
149 auszuloten, ob und in welcher Form eine **Zusammenarbeit auch auf Kreisebene**
150 möglich ist.
- 151 • Die Förderung der Mitgliedschaft junger Menschen in politischen Gremien
152 und die Einführung einer **Jugendquote**, die jungen Menschen aussichtsreiche
153 Listenplätze bei Bürgerschaftswahlen und einen Sitz im Landesvorstand der
154 GRÜNEN Hamburg zusichert. Der Landesvorstand wird aufgefordert hierzu zur
155 nächsten Landesmitgliederversammlung einen entsprechenden
156 Satzungsänderungsantrag zu erarbeiten. Auch in anderen Gremien, wie zum
157 Beispiel Deputationen sind junge Menschen einzubeziehen.
- 158 • Insbesondere in **Programm- und Strukturprozessen** eine stärkere Einbindung
159 von Beginn an und die Berücksichtigung der Rückmeldungen der GRÜNEN JUGEND
160 Hamburg.

161 **2.4. Gesellschaft**

162 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert zur Stärkung junger Menschen in der Hamburger
163 Gesellschaft

- 164 • Die Ermöglichung ehrenamtlichen Engagements für alle und den Abbau von
165 Barrieren
- 166 • Eine Ausreichende und gesicherte Finanzierung von Jugendarbeit und
167 Jugendverbänden
- 168 • Eine stärkere Verzahnung von non-formaler Bildung (z.B. in
169 Jugendverbänden) und formaler Bildung (z.B. in Schulen) und die
170 Wertschätzung und Anerkennung des gesellschaftlichen Mehrwerts sowie der
171 individuellen Lernerfahrung in non-formalen Bildungseinrichtungen
- 172 • Die Bereitstellung geeigneter Räume für Jugendprojekte
- 173 • Die Schaffung und Förderung von Jugendzentren
- 174 [1] Recht, dass Kinder und Jugendliche ihre "Meinung in allen das Kind
175 berührenden Angelegenheiten frei [...] äußern" können müssen und "die [...]
176 Meinung des Kindes angemessen [...]" berücksichtigt werden muss.
- 177 [2] Kinder und Jugendliche sind ihrem Entwicklungsstand entsprechend an allen
178 sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie
179 sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte hinzuweisen.
- 180 [3] In Hamburg sind die Kinderrechte bisher nicht in der Verfassung verankert.

181 [4] Auch wenn nur volljährige Personen (18-29 Jahre) betrachtet werden sind es
182 16,1%.

A16 DRINGLICHKEITSANTRAG

Antragsteller*in: Emilia "Milla" Fester
Tagesordnungspunkt: 9. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Änderungsantrag an bestehende Beschlusslage: "Perspektiven schaffen - Für
- 2 Hamburg und Europa" (07.04.18)

- 3 Ersetze im vorletzten Absatz folgenden Satz:
- 4 Mindestens vier Plätze im Wahlkampfteam sind den Basismitgliedern vorbehalten.
- 5
- 6 Durch:
- 7 Mindestens drei Plätze im Wahlkampfteam sind den Basismitgliedern vorbehalten.

Begründung

mündlich